

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 96

Sept./Okt. 2019



Klima & Krieg

INHALT

Mit Camp & Demonstration gegen Rheinmetall Krieg beginnt hier	3
Der skandalgeplusterte Weg zum Panzerkonzern Totschießen ist ihr Geschäft	4
Hauptversammlung von Rheinmetall 2019 Rüstungskonzern wurde „entwaffnet“	7
NATO-Infos bei südafrikanische Rheinmetall Tochter Sicherheitsrelevanter Vorgang	9
Tag der Bundeswehr“ am 15. Juni in Faßberg Blindes Abfeiern der Bundeswehr	10
Camp-Programm	11
Meldungen	12
Otto Haesler als Bauhaus-Architekt (4)	14
Ostumgehungs-Lobby polemisiert gegen BUND Glaubenskrieg um den Heiligen Gral	15
Klimawandel: Kein Grund zur Panik?	16
Besserwissis Anmerkungen zu Alltagslügen ... diesmal zur Energiewende	20
Veranstaltungen zur Klimakatastrophe	21
Dokument: Vorschläge vor 30 Jahren	22
Klima: Weltweiter Streik am 20. September	23
Zur Tötung von Peter Deutschmann vor 20 Jahren Warum wird das Verbrechen klein geredet?	24
NPD kauft Hof Nahtz (Interview)	25
Über den Schriftsteller Hans Pleschinski - von O. Ansell Ein Elf aus Niedersachsen	28
Ausstellung zu NS-Raubkunst im Bomann-Museum	33



Hallo werte Leser*innenschaft,

im ersten Drittel des Heftes geht es um Rheinmetall & den Protest gegen Rüstungsproduktion und -export, im zweiten Drittel um lokale Bezüge auf die Klimakatastrophe. Warum? Wir verlassen uns ja redaktionell von Beginn an auf den Wegweiser: Think global, act local.

Zu entschuldigen haben wir uns bei unseren Abonent*innen, die die letzte Ausgabe sehr zeitverzögert erhalten haben. Warum? Die Post hat – ohne uns Bescheid zu sagen – die Versandvariante „Büchersendung“ extrem verkompliziert hat. Damit war unser Versand unterfrankiert und kam zurück. D.h.: Wir werden das Heft künftig als „Großbrief“ versenden müssen, was an Porto 1,55 kostet. Und das wiederum heißt künftig: 5 Hefte = 10 EUR.

Um so erfreulicher war, dass die diesjährige revista-Minigolf-Open unterm Strich einen Erlös von 170 EUR brachte. Dank an alle, die dabei waren! Und wie wir mitbekommen, gibt es schon eine große Vorfreude auf das nächste revista-Kneipen-Quiz – da wird der offizielle Bewerbungsrahmen und -termin aber erst im nächsten Heft bekannt gegeben.

Schließlich freuen wir uns, dass die revista künftig auch bei Gajah in der Schuhstraße erhältlich ist.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 3166, 29221 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 10 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Gajah, Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock

Erneut heißt es in Unterlüß: Krieg beginnt hier – Stoppen wir ihn hier!

Mit Camp & Demonstration gegen Rheinmetall

Kann Unterlüß zu einem neuen Ausgangspunkt für eine Bewegung werden, die wirkmächtig die deutsche Rüstungsexportpolitik in Schranken verweist? Ja. Rheinmetall steht wie nie zuvor unter gesellschaftlicher Beobachtung und ist lange nicht gekannter Kritik ausgesetzt.

Wenn auch wahrscheinlich nicht am Standort selbst: Repräsentative Umfragen weisen aus, dass Zwei-Drittel der deutschen Bevölkerung den Verkauf von Waffen und anderen Rüstungsgütern an andere Staaten ablehnt. 80 Prozent sprechen sich gegen jegliche Waffenlieferungen in Kriegs- und Krisengebiete aus.

Die Parteien setzt dies unter Druck, worauf sowohl die Bundesregierung wie auch der Konzern selbst mit Strategien reagieren, die die nationale Entscheidungsgewalt unterminieren sollen: Die Regierung operiert mit einer Erzählung, wonach in europäischen Rüstungskoooperationsgeschäften die deutsche Haltung nicht durchsetzbar sei. Und Rheinmetall verlagert kritische Operationen zunehmend in ausländische Tochterfirmen.

Dass Umfrageergebnisse und der Druck sozialer Bewegung sich bruchlos in Regierungshandeln umsetzen, ist illusionär. Aber: Einer der weniger Punkte, an denen das Handeln von Bündnis '90/Die Grünen sich nicht von der Programmatik unterscheidet, ist bisher die Frage der Rüstungsexportkontrolle. Und hier sprechen wir von einer Regierungspartei in spe.

Unabhängig von derartigen Erwartungen muss es darum gehen, viel grundsätzlicher dahin zu kommen, dass Krieg kein Mittel der Politik sein darf. Auch hierzu können Camp, Aktionen und die Demonstration etwas beitragen. Nämlich: Dieses Feld wieder von einer politischen Linke zu besetzen. Denn seien wir ehrlich: Friedenspolitik im weiten Sinne ist in den letzten Jahren nichts gewesen, dass außerhalb von – absolut wichtigen Expert*innen-Zirkeln und den Demonstrationen gegen die Münchener Sicherheitskonferenz – großes Interesse hervorgerufen hätte. Dies muss sich ändern, was allein ein Blick auf aktuelle Kriegs- und Krisenkonstellationen deutlich macht.

Das Camp wird wieder von einem Bündnis getragen,

Vom 1. bis zum 8. September findet in Unterlüß ein Camp des Bündnisses „Rheinmetall entwaffnen“ statt.

Neben vielen Workshops, Vorträgen und Aktionen wird es am Freitag, den 6.9. eine Blockade geben und am Samstag, den 7.9., ab 13 Uhr (Bahnhof Unterlüß) eine Demonstration – aktuelle Infos unter

<https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/>
<https://www.facebook.com/RheinmetallEntwaffnen/>
<https://twitter.com/REntwaffnen>

das schon im letzten Jahr verantwortlich war und sich zusammensetzt aus Vertreter*innen der Interventionistischen Linke, Kurdistan-Soli-Initiativen, attac, Gewerkschaftslinken und und. Die Demonstration wird von rund 100 Gruppen und Initiativen unterstützt, darunter die niedersächsischen Landesverbände von Bündnis '90/Die Grünen und Die Linke – und auch Gruppen, die zuletzt den Protest gegen Rheinmetall vorangetrieben haben wie urgewald e.V., die Ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie oder die Tübinger Informationsstelle Militarisation (IMI). Aus Celle sind die „üblichen Verdächtigen“ dabei.



Im vergangenen Jahr war die Beteiligung von Menschen aus Stadt und Landkreis Celle – sagen wir mal – „übersichtlich“. Wir möchten unsere Leser*innen deshalb ermuntern, sich einfach mal im Camp umzuschauen und an einem der Angebote teilzunehmen. Wichtig ist selbstverständlich auch die Demonstration, zu der es diesmal mehr als 500 Teilnehmende werden sollten. Lest den Aufruf auf der Webseite des Bündnisses und schaut, ob ihr euch darin wiederfindet.

Für die gesamten Tage wie auch für die am Freitag geplante Blockade gibt es eine gemeinsame Vereinbarung:

„Von uns wird keine Eskalation ausgehen und wir gefährden keine Menschen. Im Kontakt mit Polizei oder Werkschutz werden wir uns auf keine Provokationen einlassen. Bei Aktionen Zivilen Ungehorsams werden wir uns nicht von baulichen Hindernissen aufhalten lassen und Abspernungen gegebenenfalls durch- oder umfließen. Wenn wir Straßen oder Einfahrten blockieren, tun wir dies hauptsächlich mit unseren Körpern und mit kreativen Mitteln. Durch Drohungen mit juristischer Verfolgung werden wir uns nicht abschrecken lassen. Möglichen Rechtsfolgen werden wir gemeinsam und solidarisch begegnen. Unsere Aktionen werden ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln. Sie richten sich nicht gegen die Arbeiter*innen von Rheinmetall, sondern gegen das von ihnen produzierte Kriegsgerät. Die Sicherheit aller Beteiligten ist für uns wichtig.“

Unser TAGESBEFEHL an die Leser*innen also lautet: **Beteiligt euch!**

Totschießen ist ihr Geschäft

Es läuft buchstäblich wie geschmiert beim deutschen Panzerbauer Rheinmetall: Trotz zahlreicher Skandale und vielfältiger Proteste florieren die Geschäfte. So stieg der Umsatz der Rüstungssparte von 3,26 Mrd. (2016) auf 3,42 Mrd. Euro (2017) an. Für das laufende Jahr meldete der Konzern erneut Umsatzsteigerungen von 6,6 Prozent, die sich aufgrund der schwächelnden Automobilabteilung vor allem aus den Waffengeschäften speisen würden. Mehr noch: Durch die geplante Übernahme des zweiten großen deutschen Panzerbauers „Krauss-Maffei Wegmann“ (KMW) würde ein Großkonzern entstehen, dem es zu allem Überfluss auch noch gelingen könnte, die hiesigen Rüstungsexportrichtlinien noch krasser umgehen zu können, als dies ohnehin bereits der Fall ist.

Skandalgeplästerte Geschäfte

Es waren schockierende Bilder, die am 15. Juli 2016 live aus der Türkei auch im deutschen Fernsehen zu sehen waren: Panzer rollten durch die Stadtviertel Istanbuls und vor den Atatürk-Flughafen. Ebenso schockierend die Bilder, die am 18. März 2018 aus der nordsyrischen Stadt Afrin in die Medien gelangten: Panzer schoben sich durch enge Straßen bis vors Rathaus der Stadt. Beide Male gehörten die Kampfpanzer der türkischen Armee und beide Male waren es welche vom Typ „Leopard 2“. 347 dieser Kampfpanzer wurden von 2006 bis 2013 aus Altbeständen der Bundeswehr an die Türkei verkauft. Hersteller der Waffen sind die deutschen Panzerbauer „Krauss-Maffei Wegmann“ und „Rheinmetall“ – von Letzterem kommt die im Panzer verbaute „120mm-Glattrohr-Kanone“.

Die türkischen „Leopard“-Panzer zeigen beispielhaft die Unabwägbarkeit der Folgen von Waffenexporten: Denn während die Panzer, die die Bundeswehr an die türkische Armee weiterverkauft hatte, unter Kontrolle der Putschisten 2016 gegen den türkischen Präsidenten Erdoğan eingesetzt wurden, standen dieselben 2018 durch Afrin rollenden Panzer im Dienst des autoritären Präsidenten selbst. Man kann nie sagen, für und gegen welche Menschen die mächtigen Waffen eingesetzt werden. Das scheint dem Düsseldorfer „Rheinmetall“-Konzern egal zu sein. Immer wieder fällt das Unternehmen durch skrupellose Geschäftspraktiken und Skandale auf:

An Russland wollte „Rheinmetall“ 2014 ein militärisches Übungszentrum verkaufen: 30.000 Soldatinnen und Soldaten sollten darin jährlich ausgebildet werden. Nach der Einnahme der Krim durch Russland verbot die Bundesregierung das Geschäft – und „Rheinmetall“ drohte der Bundesregierung mit einer Klage über 120 Millionen Euro für das abgesagte Geschäft. Über die auf der italienischen Mittelmeerinsel Sardinien produzierende Tochterfirma „Rheinmetall Denel Munition“ exportiert das Unternehmen „Mark 83“-Bomben an Saudi-

Arabien, die von dem Königreich gegen den Jemen zum Einsatz gebracht werden. Die Bomben-Lieferungen laufen trotz des Exportverbots für deutsche Waffen, das Ende 2018 wegen des Mordes an dem Journalisten Jamal Kashoggi durch saudische Agenten erlassen wurde, weiter – da sie über Italien abgewickelt werden. Da andere „Rheinmetall“-Geschäfte mit Saudi-Arabien, welche über Deutschland laufen sollten, aufgrund des Exportstopps verboten wurden, hat der Rüstungskonzern der Bundesregierung abermals mit einer Schadenersatzklage gedroht.

In der Türkei plante das Düsseldorfer Unternehmen lange Zeit den Nachfolger des türkischen „Altay“-Kampfpanzers zu bauen – auch noch nach der völkerrechtswidrigen Invasion in Nordsyrien mittels „Leopard“-Panzern. Im Herbst 2016 ging der „Rheinmetall“-Konzern dafür extra ein Joint Venture mit dem türkischen Waffenbauer BMC ein. Die politische Lage – besonders auch der Fall des deutschen Journalisten Deniz Yücel – führten jedoch dazu, dass „Rheinmetall“ offiziell angibt, das Geschäft heute nicht mehr zu verfolgen. Ganz herausgezogen hat sich der Konzern aus dem Joint Venture aktuell aber noch nicht.

Immer wieder ist „Rheinmetall“ auch in Schmiergeldaffären verwickelt: Ende 2014 hatte die Firma wegen der Bestechungen griechischer Beamter 37 Millionen Euro Strafe zahlen müssen. Anklage gegen fünf ehemalige Mitarbeiter des Rüstungskonzerns wurde dennoch erhoben. Und der nächste Skandal ist schon absehbar: Am 18. Dezember 2018 fuhr ein neuer „Lynx KF41“-Schützenpanzer von „Rheinmetall“ in der jährlichen Militärparade in Doha, der Hauptstadt Katars, mit – ein Werbeauftritt, um den Panzer bald an das katarische Regime zu verkaufen. Katar steht im Verdacht, islamistische Terrororganisationen wie den „Islamischen Staat“ und die „Taliban“ zu unterstützen. Die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist in dem Land massiv eingeschränkt. Zudem steht Katar seit einigen Jahren im Konflikt mit dem Nachbarstaat Saudi-Arabien – auch ein Krieg zwischen den hochgerüsteten Staaten ist möglich. „Rheinmetall“-Waffen wären dann auf beiden Seiten im Einsatz.

Proteste: Von Kassel nach Unterlüß

„Rheinmetall“ verkauft an jeden. Die skrupellose Geschäftstätigkeit des Unternehmens führt aber auch zu Kritik – sowohl in den Medien als auch von Friedensaktivistinnen und -aktivisten. Bereits seit vielen Jahren wird die Hauptversammlung der Aktiengesellschaft in Berlin von Protesten begleitet. Während draußen meist hunderte Menschen lautstark und kreativ – vor zwei Jahren war sogar ein realer „Leopard“-Panzer in die Protestaktionen eingebunden – ihre Meinung kundtun, werden



Foto: Uwe Hicksch

drinnen von kritischen Aktionärinnen und Aktionären Fragen gestellt und dadurch neue, wichtige Informationen gesammelt. Die kritischen Fragen nehmen auf der Hauptversammlung immer mehr Raum ein. Die letzte Jahreshauptversammlung fand ausgerechnet am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, statt. Dies wollten einige Protestierende zum Anlass nehmen, ein Transparent mit der Aufschrift „8. Mai 1945: Damals wie heute – War starts here, let’s stop it here“ zu entrollen. Sie wurden jedoch durch einen massiven Polizeieinsatz daran gehindert und kurzzeitig festgenommen. Zwei der Aktivist*innen wurden daraufhin mit einer absurd hohen Geldstrafe in Höhe von 15.000 Euro wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ bedroht. Am 18. März 2019 fand vor dem Amtsgericht Berlin-Tiergarten die Gerichtsverhandlung zu diesem Fall statt. Das Verfahren gegen die beiden Kriegsgegner wurde gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt.

Die Rüstungsgegner*innen lassen sich nicht einschüchtern. So gibt es immer wieder Direkte Aktionen: Am Standort Kassel, wo „Rheinmetall“ unter anderem den Schützenpanzer „Puma“ für die Bundeswehr produziert und zukünftig wohl auch den „Lynx KF41“ fertigen wird, kam es im September 2018 zu mehrstündigen Sitzblockaden vor den Einfahrtstoren – der Betriebsablauf wurde gestört. In der Stadt gibt es immer wieder direkte Protestaktionen, sowohl gegen „Rheinmetall“ als auch gegen „Krauss-Maffei Wegmann“, die gleich an mehreren Orten in Kassel Panzer und andere Waffen bauen.

Auch die Firmenzentrale in Düsseldorf wird jedes Jahr Ziel von Protesten – oft sogar mehrfach.

2018 gab es in Unterlüß erstmals ein „Rheinmetall entwaffnen“-Camp, das nächste findet im September 2019 statt. In dem 3.500-Einwohner*innen-Dorf produziert Rheinmetall Munition und betreibt den größten privaten Schießplatz Europas. Während des Camps gab es mehrere Blockaden der Einfahrten und eine Demo mit über 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern – vor allem das kurdische Spektrum war dabei und ist bei den Protesten gegen „Rheinmetall“ allgemein gut vertreten.

Auch in anderen Ländern regt sich gegen den deutschen Waffenbauer Widerstand. Wegen der über Sardinien laufenden Bombenexporte an Saudi-Arabien hat ein Bündnis von Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten aus Deutschland, Italien und dem Jemen 2018 in Rom Strafanzeige gegen „Rheinmetall“ eingereicht. Die Ermittlungen laufen. Und bereits seit 2016 gibt es vor der „Rheinmetall“-Fabrik auf Sardinien immer wieder Blockaden und Demonstrationen – der Protest gegen das Unternehmen ist international.

Fusionspläne: Auf dem Weg zum Großkonzern

„Rheinmetall“ spürt den Gegenwind. Die Blockaden tangieren die Produktion, und die Proteste im Rahmen der Hauptversammlung treffen sogar die Vorstände der Aktiengesellschaft. Eine Gegenstrategie – auch um politischen Einflüssen aus Deutschland zu entgehen – ist die schon betriebene Abwicklung von Aufträgen über das Ausland: Bei den „Mark 83“-Bomben von „Rheinmetall Denel Munition“ funktioniert dieser Weg aktuell über Italien. Auch in Südafrika lässt der deutsche Konzern Waffen und Munition produzieren, um von den vergleichsweise lockeren Rüstungsexportrichtlinien zu profitieren.

Diese Strategie könnte auch einer von vielen Gründen sein, warum „Rheinmetall“ gerade versucht, den als Familienunternehmen organisierten zweiten großen deutschen Panzerbauer KMW zu übernehmen: Dadurch würde sich das Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von über 5 Mrd. Euro auf Platz 15 der weltgrößten Rüstungskonzerne katapultieren!

Eine solche Übernahme hätte aus Sicht von Rheinmetall eine Reihe von „Vorteilen“. Nicht zuletzt war KMW 2015 ein Joint-Venture mit dem staatlichen französischen Rüstungsbetrieb „Nexter Systems“ eingegangen. Das gemeinsame Unternehmen mit dem Namen KNDS hat seinen Sitz in Amsterdam und soll den Nachfolger des „Leopard 2“ sowie des französischen Kampfpanzers „Leclerc“ bauen, ein Riesenprojekt mit einem geschätzten Gesamtumsatz von bis zu 100 Mrd. Euro.

Das Ziel von Rheinmetall scheint ganz offensichtlich darin zu bestehen, sich durch eine Übernahme von KMW auch die Kontrolle über KNDS und damit über den künftigen „Leclerc“ zu sichern, wie in den Medien



teils sehr offen berichtet wird: „Es geht um den 50-Prozent-Anteil von KMW an der deutsch-französischen Rüstungsholding KNDS, die zur anderen Hälfte dem französischen Staatsunternehmen Nexter gehört. Beide Firmen haben ihre Geschäfte in diese Holding eingebracht – kauft Rheinmetall den KMW-Anteil komplett, würde es den Münchner Konzern schlucken. [...] Würde Rheinmetall bei KNDS einsteigen, würde die deutsche Seite in dem Gemeinschaftsunternehmen wesentlich gestärkt. Branchenexperten zufolge könnte Rheinmetall auf lange Sicht ihr eigenes Geschäft in die Holding einbringen, wodurch der Anteil der Düsseldorfer auf bis zu 75 Prozent steigen könnte.“ [Westfälische Nachrichten, 13.03.2019]

Nachdem sich die französische Seite anfänglich gegen den Rheinmetall-Einstieg gestäubt hatte, meldete das Handelsblatt Ende Mai 2019: „Beim Panzer zeigen die Franzosen nun Bereitschaft, Rheinmetall die Teilnahme zu ermöglichen.“ Das ist aus Sicht des Konzerns allein deshalb schon hochofentlich, weil der Großauftrag für einen neuen Kampfpanzer wohl auch zahlreiche Exporte in andere Länder nach sich ziehen dürfte, die dann über die Niederlande oder Frankreich laufen könnten. Das weckt Begehrlichkeiten bei „Rheinmetall“, das immer wieder die anscheinend zu scharfen deutschen Rüstungsexportrichtlinien, kritisiert – Anfang des Jahres drohte das Unternehmen der Bundesregierung sogar damit, sie wegen Umsatzausfällen bei den Geschäften mit Saudi Arabien auf Schadenersatz zu verklagen.

Der Einstieg bei KNDS öffnet hier eine Exportoption unter Umgehung der deutschen Vorschriften. Denn die Bundesregierung hat Frankreich kürzlich bei gemeinsamen Rüstungsprojekten umfassende Freiheiten für den Verkauf an Drittländer zugesichert. In dem Vertrag mit dem Titel „Deutsch-französische Industriekooperation im Verteidigungsbereich – gemeinsames Verständnis und Prinzipien über Verkäufe“, einem Zusatzabkommen zum im Januar 2019 von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Emmanuel Macron unterzeichneten „Vertrag von Aachen“, heißt es: „Die Parteien werden sich nicht gegen einen Transfer oder Export in Drittländer stellen“ – für „Rheinmetall“ heißt das, sich verstärkt

nach Frankreich zu orientieren, um unter das für sie günstigere französische Waffenexportrecht zu fallen.

Neben den Exporten über andere Länder hat man die heimischen Standorte trotz der Proteste und immer engeren Rüstungsexportrichtlinien noch nicht aufgegeben und versucht, Einfluss auf die deutsche Regierungspolitik zu nehmen: Mit Ex-Verteidigungsminister Franz Josef Jung hat man sich 2017 einen erfahrenen Politiker mit guten Kontakten in den Aufsichtsrat geholt. Bereits seit 2015 ist der ehemalige FDP-Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel „Rheinmetall“-Cheflobbyist. Zumindest die Exportsituation in Deutschland konnten die Lobbyisten nicht verbessern.

Fazit

Durch seine skrupellosen Geschäftspraktiken gibt es nicht nur aus traditionell rüstungskritischen Kreisen Kritik an „Rheinmetall“ – Waffenexporte oder Pläne dafür werden von den Medien immer wieder kritisch aufgegriffen und skandalisiert. Auch die Proteste sorgen immer wieder für Medienaufmerksamkeit und setzen die Politik unter Druck – ohne sie wäre es nach dem Kaschoggi-Mord wohl nicht zu einem Exportstopp nach Saudi-Arabien gekommen. Das Ausweichen ins Ausland – um über andere Länder Rüstungsexporte abzuwickeln – ist ebenfalls ein Zeichen für den „Erfolg“ der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung.

Dennoch läuft es für „Rheinmetall“ wirtschaftlich aktuell gut: Der Gewinn des Unternehmens steigt, die Auftragslage ist – auch wegen der massiven Aufrüstung der Bundeswehr und anderer NATO-Armeen – sehr gut. Und noch funktioniert die Strategie des Ausweichens ins Ausland. Für die Bewegung gegen Rüstungsexporte muss es also lauten, sich zu internationalisieren: Mit dem 2018 gegründeten Netzwerk „Global Net—Stop the Arms Trade“ könnte das geschehen. Zudem sind einzelne aktive Organisationen bereits gut international vernetzt, wie das Verfahren in Italien zeigt. Es gilt, weiter hartnäckig zu bleiben und allerorts kreativ gegen „Rheinmetall“ vorzugehen.

Quelle: IMI-Standpunkt 2019/019b - Michael Schulze von Glaßer ist politischer Geschäftsführer der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner



Rüstungskonzern wurde „entwaffnet“

Die Hauptversammlung des Rüstungskonzerns Rheinmetall Ende Mai in Berlin hat breite Proteste ausgelöst. Hunderte Menschen waren dem Aufruf „Rheinmetall: Die Toten kommen!“ von urgewald, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionären und weiteren Gruppen gefolgt.

Mit Totenmasken verkleidet zogen sie von der Botschaft Saudi-Arabiens über die türkische Botschaft bis zum Ort der Hauptversammlung im Berliner Maritim Hotel. Während der Aktionärsversammlung besetzten einige Aktivist*innen minutenlang die Bühne und konfrontierten Vorstand, Aufsichtsrat und Aktionär*innen mit den Folgen der Rüstungsgeschäfte des Konzerns.

Mit ihrer „Totenparade“ haben die Teilnehmer*innen der Menschen gedacht, die durch die Güter des Konzerns ihr Leben verloren haben. Im Anschluss schloss sich die Demonstration einer von einem breiten Bündnis getragenen Kundgebung vor dem Tagungsort der Hauptversammlung, dem Maritim-Hotel in Berlin, an. Insgesamt protestierten so rund 300 Menschen gegen die Geschäfte von Rheinmetall.

Kathrin Petz, Rüstungs-Campaignerin bei urgewald und Organisatorin der Demonstration, sagt: „Wir haben mit unserer Totenparade ein starkes Zeichen gesetzt für Menschenrechte und Frieden. Wenn Kriegslieferanten ihre Geschäftszahlen feiern, dann zeigen wir, was Menschlichkeit heißt. Es beschämt uns, wie skrupellos ein deutsches Unternehmen Menschenrechte missachtet, Exporthürden umgeht und Kriege mit Nahrung versorgt.“ Petz ergänzt: „Rheinmetall steht für eine blinde Renditelogik, die den Schutz von Frieden und Sicherheit aus dem Blick verloren hat. Das Beispiel Rheinmetall zeigt auch das Versagen der deutschen Politik bei der effektiven Kontrolle von Rüstungsexportbeschränkungen. Die Lieferungen von Rüstung und Munition an Kriegsparteien des Jemenkriegs müssen sofort aufhören.“

<https://www.kritischeaktionaeere.de/rheinmetall/ruestungskonzern-wurde-entwaffnet/>



Foto: Uwe Hicksch

Interview zur Besetzungsaktion

Die diesjährige Hauptversammlung des Rüstungskonzerns Rheinmetall am 28. Mai in Berlin war von öffentlichkeitswirksamen Protesten begleitet. Für besonderes Aufsehen sorgte eine Aktion im Tagungssaal. Wir sprachen mit Aktivist*innen, die dabei waren.

??: War es eigentlich schwer, in den Veranstaltungssaal zu kommen? Was sind da die Voraussetzungen für eine Teilnahme an einer Aktionärsversammlung?

!!: Die Bedingung um in den Veranstaltungssaal zu kommen war, Aktieninhaber*in oder Vertreter*in in einer solchen zu sein. So konnten wir alle unbehelligt den Saal betreten und uns - in Kleid und Anzug verkleidet - unter die Kriegsprofiteur*innen mischen. Es gibt auf fast allen Aktionärsversammlungen diverser Großkonzerne kritische Aktionär*innen, die nur Aktien besitzen, um das Treiben zu beobachten und die Stimmen der Anderen einzubringen. Ihre Worte machen dann auf den Aktionärsversammlungen deutlich, dass nicht die heldenhafte Konzernführung die Ausschüttung von Gewinnen an die



Aktionären ermöglicht. Die Basis dieser Dividenden bleibt die Ausbeutung und Zerstörung von Menschen und der gesamten Natur. Diesen Mai wollten wir den Profiteuren der tödlichen Geschäfte von Rheinmetall nicht nur unangenehme Worte mitbringen, wir wollten die unpassende Ordnung dieser Veranstaltung stören.

??: Dazu haben aus dem Saal heraus etwa 30 Leute die Bühne geentert. Wie habt ihr das erlebt?

!!: Wir waren sogar mehr Leute. Es waren Fast 60 Menschen im Saal, die an unterschiedlichen Stellen protestiert haben. Es war ein großartiges Gefühl, gemeinsam diesen Raum zu einem Ort des Widerstands zu machen. Wir haben auf die Rede von Armin Papperger, dem Vorstandschef, gewartet und dann deren Pläne durchkreuzt. Fast eine Stunde lang war ihre Veranstaltung unterbrochen. Zu den dreckigen Geschäften, die Rheinmetall überall auf der Welt führt, konnte keine Ruhe bewahrt werden. Wir haben den Menschen, die Geld mit dem Tod und Leid anderer verdienen, unsere Meinung und Abneigung mit Parolen ins Gesicht geschrien. Für einen Moment konnten wir ihre Ignoranz konfrontieren und ein Zeichen der Hoffnung in diese trostlose und mörderische Maschinerie geben.

??: Nach einer knappen Stunde seid ihr dann von Polizei aus dem Saal geräumt worden. Wie ist das abgelaufen?

!!: Wir haben uns natürlich nicht freiwillig aus dem Saal bewegt und so musste uns die Polizei raustragen. Dann wurden wir noch eine Weile festgehalten und durchsucht. Doch wir waren alle bei bester Stimmung, denn für uns war es ein voller Erfolg. So haben wir noch weiter Parolen gerufen und gesungen, was unsere Stimmen noch hergaben. - Es ist vergleichsweise ein kleiner Aufwand, andere Leute sterben durch die Bomben und wir stellen uns nur mit unseren Körpern in den Weg der Profiteure dieses Mordens.

??: Zwischenzeitlich gibt es einige Ermittlungsverfahren. Wollt ihr dazu etwas sagen?

!!: Es gibt immer das Vorgehen des Staates, alle möglichen Arten von Protest zu kriminalisieren. Die Anzeigen sind lächerlich, aber es wird mit diesen gedroht. Wir sol-



len eingeschüchtert werden, abgeschreckt, damit ähnliches nicht mehr vorkommt. Aber das funktioniert nicht, wir sind entschlossener denn je. Denn Rheinmetall macht Gewinne mit dem Tod, während die Polizei uns in Kampfmontur gewaltsam aus dem Saal trägt. Was ihre Anschuldigungen an uns? Hausfriedensbruch! An diesem Tag gab es im Maritim-Hotel keinen Frieden, den wir brechen konnten, es war gefüllt Kriegsprofiteuren. Zusätzlich wird konstruiert, es hätte Körperverletzungen an Polizisten gegeben, als diese uns jeweils mit bis zu vier Beamten an Armen und Beinen aus dem Gebäude gezerrt haben. Falls die Gerichte diese polizeiliche Kriminalisierung unterstützen, positionieren sie sich mal wieder auf der Seite der Kriegstreiber. Wundern würde uns das nicht! Aber wir können damit umgehen, denn wir stehen zu unserer Haltung und wissen, dass es Solidarität gibt. Und es ist auch selbstverständlich, dass wir für diesen Kampf gegen die Logik von Krieg einiges geben müssen. In anderen Teilen der Welt müssen sich die Menschen gegen die Waffen wehren, wie z.B. in Kurdistan, wo der türkische Staat mit deutschen Waffen völkerrechtswidrig Krieg führt. Und unzählige Menschen fliehen vor den Auswirkungen von Krieg und Zerstörung. Wir sind bereit und voller Tatendrang unser Bestes zu geben und hier an der Wurzel das Problem anzugehen. Die Aktion in Berlin war erst ein Anfang. Im Vorfeld des Camps und auch beim Camp in Unterlüß selbst wird es weiter gehen. Wir werden keine Ruhe geben, bis Waffenproduktion und Kriege beendet werden. Denn wir stehen zu unserem Ziel: Ein friedliches Miteinander ohne Ausbeutung, Krieg und Zerstörung.



„Sicherheitsrelevanter Vorgang“

Hat die Firma Rheinmetall Waffe Munition GmbH der südafrikanischen Konzerntochter *Denel* geheime NATO-Dokumente zugänglich gemacht? Das zumindest behauptete Rosemarie Meuer, die seit 1993 bei Rheinmetall beschäftigt war, zuletzt als Referentin für Außenballistik. Der STERN machte Anfang Juni eine große Story daraus und auch REPORT MÜNCHEN brachte einen ausführlichen Beitrag. Der Celleschen Zeitung war es nicht eine einzige Zeile wert, wo doch sonst schon ein unbeaufsichtigter Sack Reis in Rebberlah investigative Recherchen hervorbringt.

Öffentlich wurde der Vorwurf erstmals in einem Arbeitsgerichtsprozess im September 2018 in Celle, nachdem Rheinmetall Meuer gekündigt hatte.

Im Prozess berichtete sie wie folgt: Im Oktober 2014 sei ihr offensichtlich geworden, dass *Rheinmetall Denel Munition*, eine 51 %-ige Rheinmetalltochter mit Sitz in Kapstadt (Südafrika), in den Besitz von geheimen NATO-Unterlagen gekommen war. Mitarbeiter der südafrikanischen Tochterfirma hätten bei einem Termin in Deutschland offenbart, dass sie Zugang zu internen Dokumenten der NATO. Wie vorgeschrieben, habe sie diesen sicherheitsrelevanten Vorfall gemeldet. Der zuständige Sicherheitsbeauftragte habe dies mit den Worten kommentiert, wenn das bekannt würde, könne ganz Unterlützel schließen. Danach, so Meuer weiter in ihrer persönlichen Stellungnahme im Arbeitsgerichtsprozess, sei sie gezielt gemobbt worden. So sei sie z.B. nicht mehr zu Projektbesprechungen eingeladen und immer wieder verbal unangemessen angegangen worden. Für sie steht deshalb ihr Nervenzusammenbruch im November 2015, woraufhin sie psycho-therapeutische Hilfe in Anspruch nehmen musste, in direkt kausalem Zusammenhang mit dem Sicherheitsvorfall und dem anschließenden Umgang mit ihr.

Neben dem Mobbing, so Meuer weiter im Prozess, mache ihr zu schaffen, dass die Geschäftsleitung den Geheimnisverrat an *Denel* bewusst in Kauf genommen oder sogar forciert hätte und nun versuche, den Sicherheitsvorfall gänzlich zu bestreiten. Unterlagen, wie das im Oktober 2014 aufgesetzte Protokoll, seien aus den Akten verschwunden. Sie endete ihre Stellungnahme mit dem Satz, sie wolle hier auch Zeugnis ablegen, damit die illegale Weitergabe von Technologie aufhöre.

Der Kammervorsitzende und Direktor des Celler Arbeitsgerichts Peter Rieck ließ wenig Interesse an dem behaupteten Sicherheitsvorgang erkennen. Ihn interessierte nur die verhaltensbedingte Kündigung, die Rheinmetall im März 2018 ausgesprochen hatte. Er setzte sie Verhandlung aus und kündigte die Ladung weiterer Zeugen an. Daraus wurde nichts. Im März einigten sich die Streitparteien.

Vielleicht hatte Rheinmetall gehofft, die Angelegenheit damit zu den Akten legen zu können. Daraus wurde vorerst nichts.

Glaubt man Rheinmetall, so heißt es im STERN, seien die Vorwürfe "unzutreffend". „Die Informationen, die den Südafrikanern vorgelegen hätten, seien lediglich als "Nato unclassified" eingestuft gewesen, also in der niedrigsten Stufe.“ Es sei völlig offen, auf welchem Wege und aus welchem Land diese nicht-geheimen Dokumente nach Südafrika gelangt sein könnten. Einen Sicherheitsvorfall hat es daher aus Sicht der Firma nicht gegeben.



Laut offizieller NATO-Website, so der STERN weiter, dürften auch Informationen der Kategorie "Nato unclassified" nicht "ohne Genehmigung" veröffentlicht oder an Drittstaaten weitergegeben werden. Und dafür, dass der Vorgang auch bei Rheinmetall intern für Irritationen gesorgt hatte, konnte der STERN einen Mail-Verkehr vorlegen.

Die Bundesregierung teilte jetzt auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Katja Keul mit, dass sie Kenntnis von dem Vorgang habe. Allerdings habe sich die Bundesregierung geweigert, so Keul, irgendwelche weitergehenden Auskünfte zu geben, ob sie dem nachgehe, ob es Konsequenzen habe, ob es ein Ermittlungsverfahren gebe.

In Kenntnis gesetzt war die Bundesregierung übrigens nicht von Rheinmetall sondern vom Bundesamt für Verfassungsschutz, das im Frühjahr 2018 das Wirtschaftsministerium informierte. Dort sah man zunächst einen Aufklärungsbedarf, befand aber dann, dass die NATO-Infos nicht von militärstrategischer Bedeutung seien und man sowieso keine Sanktionsmöglichkeiten habe. So wird aus einem sicherheitsrelevanten Vorgang ein bemerkenswerter Vorgang hinsichtlich der Rüstungskontrollpolitik der Bundesregierung.

Rosemarie Meuer arbeitet zwischenzeitlich übrigens an der Fakultät für Maschinenbau und Schiffstechnik der Universität Rostock .

„Tag der Bundeswehr“ am 15. Juni im Fliegerhorst in Faßberg

Blindes Abfeiern der Bundeswehr

Am „Tag der Bundeswehr“ am 15. Juni gab es am Fliegerhorst in Faßberg auch Protest gegen Krieg und Waffenproduktion. Laut Bundeswehr besuchten über 60.000 Menschen dieses „Event“. Wir fragten Aktivist*innen nach ihrem Erleben.

??: Ihr wart zunächst mit Transparenten am Eingangstor. Was habt ihr da erlebt?

!!: Uns war klar, dass wir da vor Ort nur ein Zeichen gegen das blinde Abfeiern der Bundeswehr setzen können, aber die Menschenmassen an diesem Punkt nicht überzeugen. Trotzdem wollten wir mit unserer Aktion dafür sorgen, dass diese Propagandaveranstaltung nicht ohne Kritik durchgeführt wird und ein Protest wahrnehmbar ist. Alle Besucher*innen der Kriegsschau wurden mit Bussen aufs Gelände gebracht, die alle an uns am Eingangstor vorbei mussten. So konnten wir mit Transparenten hoffentlich die ein oder andere Person zum Denken anregen.

??: Ihr seid dann auch noch auf das Gelände gegangen. Was habt ihr da gemacht? Wie waren die Reaktionen auf euch?

!!: Auf dem Gelände wurde uns die Widerwärtigkeit dieses „Events“ erst richtig bewusst. Die Kinder konnten mit Mordgeräten posieren und sollen schon in jüngsten Jahren für die Bundeswehr begeistert werden. Diese Technik fasziniert alle Altersklassen, während der Tod als Folge ausgeblendet oder vollkommen verzerrt wird. Die Firma Rheinmetall hatte auf diesem Schauspiel

einen eigenen Hangar zur Selbstinszenierung, was die enge Verzahnung von Bundeswehr und privaten Unternehmen zeigt. Das ist höchst kritisch zu betrachten, weil private gewinnorientierte Unternehmen tiefen Einblick und Einfluss in das Militär bekommen.

??: Unsereins ist ja eher selten auf derartigen Volksbespielungen durch die Bundeswehr. Was war euer Eindruck von der ganzen Veranstaltung?

!!: Die Bundeswehr sucht damit die Nähe zu der Bevölkerung, um eine gesellschaftliche Unterstützung für Kriege und Kriegseinsätze zu erreichen. Es wird unglaublich viel Geld in die eigene Darstellung und positive Werbung investiert. Als einzelne Veranstaltung wirkt der „Tag der Bundeswehr“ vielleicht wie eine Mischung aus skurriler Technikshow und Volksfest, im großen Rahmen wird deutlich, dass es um eine Normalisierung von Militär und Kriegswaffen im Alltag, in der Freizeitgestaltung geht. Runtergebrochen dienen solche Tage der Vorbereitung der Gesellschaft auf den Krieg. - Im Gegensatz dazu halten wir eine rücksichtsvolle gesellschaftliche Kultur, die Kommunikation, Kooperation und Frieden zum Ziel hat, für unglaublich wichtig und wertvoll. Der Besuch in Faßberg bestärkt uns darin, weiter daran zu arbeiten und für eine Demilitarisierung zu streiten – sowohl technisch als auch mental.





Camp-Programm

Zum Redaktionsschluss war das Programm auf dem Camp in Unterlüß noch nicht vollständig, dennoch wollen wir euch auf einige Veranstaltungen hinweisen, für die vielleicht auch eine kurzfristige Anreise aus dem Landkreis lohnt. - Stündlich fährt jeweils um 8 Minuten nach der vollen Stunde, also 10.08, 11.08 usw., ein Metronom nach Unterlüß. Die Rückfahrt ist ebenfalls stündlich – und zwar um 16.30, 17.30 usw. möglich. Fahrtzeit: 16 Minuten, leider kostet es – und zwar ohne Ermäßigung 14,60 EUR, d.h. ab drei Personen lohnt ein NDS-Ticket (dann 34 EUR), bei vier Personen 39 EUR, bei fünf Personen 44 EUR.

Das aktuellste Programm findet ihr unter: <https://rheinmetallentwaffnen.noblogs.org/programm/>

Montag, 2.9.

10-12 Uhr: **Friedensbewegung und Rechtsoffenheit** (Workshop) / In den letzten Jahren mehren sich Diskussionen, in wie weit sich „die Friedensbewegung“ nach Rechts abgrenzt und wenn ja, an welcher Stelle. Es soll darum gehen, einige Akteure aus dem Querfront- bzw. rechten Spektrum vorzustellen und exemplarische Aussagen genauer zu untersuchen. / Joel Campe, KURVE Wustrow

14-16 Uhr : **Alternative zum Militär** - Vortrag mit Diskussion / Welche Rolle spielt gewaltfreier Widerstand in Palästina und Israel? Welche Erfolge wurden bisher erzielt und wie geht die Bewegung mit Herausforderungen um? Welche Rolle kann der Zivile Friedensdienst, können unterstützende Akteure von außen darin spielen? / Thimna Bunte, ehemalige Friedensfachkraft der KURVE Wustrow

16-18 Uhr : **Deutsche Unterstützung von türkischem Faschismus und Krieg in Kurdistan** - Vortrag und Erfahrungsberichte (mit Diskussion) / Kampagne Riseup4Rojava – Smash Turkish Fascism!

20-22 Uhr : **Militär, Männlichkeit, Gender – die Geschlechterperspektive und Frieden**

Dienstag, 3.9.

10 Uhr : **Exkursion: Truppenübungsplatz / Biosphärenreservat**

14-16 Uhr : **Internationale Solidarität – weder Einbahnstraße, noch Sackgasse!**

16-18 Uhr : **Internationalistisch. Denken. Handeln. Kämpfen.** / Einige Internationalist*innen berichten von Ihren Erfahrungen in der Revolution Rojavas im Norden Syriens. Eindrücke, Erfahrungen und Anekdoten werden ebenfalls Themen wie die der Organisation, revolutionärer Hoffnung und Widerstand sein. / Radikale Linke | Berlin und Internationalistische Kommune Rojava

Mittwoch, 4.9.

10-12 Uhr: **Was produziert Rheinmetall in Unterlüß?** / Jacqueline Andres, IMI

14-16 Uhr: **Die vergessenen Kinder der Zwangsarbeiterinnen** (Exkursion) - Auf dem Friedhof von Unterlüß liegen 57 Zwangsarbeiterkinder begraben. Warum sind sie gestorben? / Referent*in: VVN/BdA

14-18 Uhr : **Autonome feministische Organisation** (Workshop) / Ein Workshop zu Theorie und Praxis autonomer feministischer Organisation – warum, wozu und wie. Wir schauen dabei u.a. auf die Praxis der kurdischen Frauenbewegung / Kampagne „Gemeinsam kämpfen“

20-22 Uhr : **Schicksal jüdischer Zwangsarbeiter*innen** - Vortrag

Donnerstag, 5.9.

14 – 18 Uhr : **Aktion - Straße der Erinnerung: Markierung des „Arbeitsweg“ der Zwangsarbeiterinnen mit Gedenkstein**

21 Uhr : **Kabarett mit Sunna Huygen**

Freitag, 6.9.

16-18 Uhr : **Antipatriarchale Auseinandersetzung – warum, wieso und wie ...** (Workshop) / Referent*in / Ini oder Organisation: RABE

Samstag, 7.9.

10-12 Uhr : **Diskussion mit internationalen Gästen aus Rheinmetall-Standorten in Sardinien und Südafrika**

16-18 Uhr : **Konzert mit antinational embassy**



----- 28.06.2019 -----

Fridays Fahrraddemo

„Es gibt keinen Grund 'nen SUV zu fahren!“ lautete ein Motto der Fridays for Future Fahrraddemo kurz vor den Ferien. In der PM dazu heißt es: „Eine Verkehrswende würde den Ausstoß der Treibhausgase erheblich reduzieren.“ Die Route der Demo führte am Hölty Gymnasium und der Oberschule Heese, am KAV und am Schulzentrum Burgstraße vorbei. Der Start war am HBG. Insgesamt haben rund 40 Personen an der Fahrrad Demonstration teilgenommen.



----- 01.07.2019 -----

Solidarität mit Käpt'n Rackete

Knapp 100 Menschen zeigen am Celler Schloss ihre Solidarität mit der Sea-Wacht-Kapitänin Carola Rackete, die nach einer Seenotrettungsaktion festgenommen worden war, weil sie gegen den Willen der italienischen Regierung in den Hafen von Lampedusa einlaufen war. Rackete hatte ihre Schulzeit in Hambühren/Celle verbracht. Zwei Tage später wurde Rackete aus dem Hausarrest entlassen. Überraschenderweise hatte sich auch der CDU-MdB Henning Otte für Rackete eingesetzt, während OB Nigge auf eine Initiative von Ratsmitglied Dirk Gerlach (Die Partei), wonach Celle die Flüchtlinge aufnehmen solle, antwortete: „Die Stadt Celle hat



ihre Aufnahmequoten übererfüllt und ist im Rahmen der Integration nach meiner Wahrnehmung an ihrer Leistungsgrenze angelangt.“ - Ein Statement, das Wasser auf den Mühlen der AfD ist.

----- 09.07.2019 -----

2500 Bäume

„Die einen wollen mit einer Art Ökodirigismus Lebensstile verändern, Verbote aussprechen und planwirtschaftliche Maßnahmen treffen. Wir halten es für erfolgversprechender, durch Einfallreichum Klimaschutz mit Freiheit und Wohlstand zu verbinden und den Menschen zuzutrauen, selbst aktiv an der Aufgabe mitzuwirken.“ So begründete Joachim Falkenhagen den Vorschlag der FDP-Ratsfraktion, die Stadt möge 2500 Bäume pflanzen. Weiter heißt es in der Pressemitteilung: „Anlass für diese Initiative seien Forschungsergebnisse der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. Die Forscher hätten darin festgestellt, dass Bäume das Potenzial haben, zwei Drittel der bislang von Menschen verursachten klimaschädlichen CO₂-Emissionen aufzunehmen oder der Atmosphäre zu entziehen.“

Leider schaffe die FDP es mit ihrem Vorschlag nicht einmal, den CO₂-Fußabdruck ihrer sechs Stadtrats- und Kreistagsmitglieder zu kompensieren, lästert Oliver Müller über den Vorschlag der FDP-Ratsfraktion, 2500 Bäume zu pflanzen.

„Es spricht überhaupt nichts dagegen“, meint der Vorsitzende der Ratsfraktion Die Linke/BSG, „aber es ist geradezu unverantwortlich, mit einem solchen Vorschlag Illusionen zu schüren hinsichtlich des tatsächlich erforderlichen Wandels.“

Rechne man mit den gängigen 10 kg pro Baum und Jahr, würden, wenn in 10 Jahren alle 2500 Bäume gepflanzt sind, zwar immerhin 25 Tonnen CO₂ pro Jahr kompensiert. Das aber, so Müller, sei mit Sicherheit weniger als der aktuelle Jahresverbrauch der sechs Kreistags- und Stadtratsmitglieder der FDP. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Verbrauch liegt in Deutschland aktuell bei knapp 9 Tonnen pro Jahr. Müller: „Diese Art von ‚Einfallsreichtum gegen Ökodirigismus‘, wie die FDP meint, kann angesichts der Herausforderungen leider nur als Witz durchgehen.“ Im übrigen, so Müller, wäre die FDP dann ja jetzt sicher offen dafür, den Kollerischen Wald in Klein-Hehlen nicht abzuholzen und zu bebauen.

----- 11.07.2019 -----

Immo-Preise

Seit 2008 sind im Landkreis Celle die Preise für den "Hauskauf" um 25,65%, beim "Wohnungskauf" um 3,9% gestiegen, die Mietpreise haben seitdem um 13,9% zugelegt. Dies ist das Ergebnis einer Auswertung des Wirtschaftsforschungsinstituts RWI, bei der alle seit 2008 auf der Internetplattform ImmobilienScout24 angebotenen Wohnungen und Häuser erfasst wurde. Celle bewegt sich damit auf dem Niveau der anliegenden Landkreise mit Ausnahme Hannovers - und: die Preise für den Wohnungskauf sind in Uelzen und Gifhorn deutlich mehr gestiegen. (Quelle: SPON)

----- 24.07.2019 -----

Protest bei AKK

Mit einer spontanen Protestkundgebung reagierte das "Bündnis Rhein-

metall entwaffnen" auf die Stippvisite der neuen Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer in Celle. Am Luftbrückendenkmal an der Einfahrt zum Heeresflugplatz fanden sich gut 20 Personen ein.

In seinem Redebeitrag kritisierte Lukas Barlin das Bekenntnis der Ministerin zum 2-Prozent-Ziel der NATO: „Dies würde zu einem Anstieg des Militärhaushalts von gegenwärtig 43,2 Mrd. Euro auf – je nach Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts von mindestens 60 auf bis zu 75 Mrd. Euro bis 2024 führen. Wir dürfen es uns nicht länger gefallen lassen, dass es keine Antworten gibt auf die Klimakatastrophe und keine Antworten auf die sozialen Probleme, sondern es weiter darum gehen soll, militärisch eine Weltordnung zu schützen, die tagtäglich und weltweit diese Probleme produziert.“

Barlian wandte sich auch entschieden dagegen, dass Äußerungen Kramp-Karrenbauers erkennen ließen, dass sie die Rüstungsexportrichtlinien, die schon löchrig wie ein Käse seien, noch einmal weiter aushöhlen wolle: „Die Rüstungsexporte von Rheinmetall und anderen Konzernen haben noch nie Konflikte gelöst, sondern immer nur Kriege befördert.“ Er forderte eine radikale Wende: „Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit herzustellen ist eine Herausforderung, die nur mit einer ganz anderen Perspektive gelingen kann, die mit dem Wachstumswahn der Industriestaaten brechen muss.“



----- 26.07.2019 -----

DPoIG

Kirsten Lühmann, Celler SPD-Bundestagsabgeordnete, will sich gegen den aktuellen Vorsitzenden Rainer Wendt im nächsten Jahr um den Vor-

sitz der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) bewerben. Die DPoIG ist Teil des Deutschen Beamtenbund und mit 94.000 Mitgliedern etwa halb so groß wie zum DGB gehörende Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die DPoIG und ihr Vorsitzender sind immer dabei, wenn es gilt, sie Polizei zu militarisieren („Polizeiliche Einsatzmittel müssen Waffen sein, die wehtun, nur dann wirken sie,“ so Wendt).



----- 27.07.2019 -----

Erdüberlastungstag

Auf den Earth Overshoot Day am 29. August machten Mitglieder der Initiativen „Land in Sicht – Transition“ (LIST) und der BI Flotwedel aufmerksam. Dieser Tag, auf deutsch Erdüberlastungstag, markiert den Zeitpunkt im Jahr, ab dem die Menschheit natürliche Ressourcen verbraucht, die von den ökologischen Systemen des Planeten in diesem Jahr nicht mehr regeneriert werden können. „Ab dem 29. August“, so erklärt Sascha Artmann von LIST, „häufen wir also gewissermaßen ökologische Schulden an.“ Insgesamt verbraucht die Menschheit im Jahr 2019 nach Berechnungen des internationalen Forschungsnetzwerks „Global Footprint Network“ die Ressourcen von 1,75 Planeten. „Würde die gesamte Menschheit so ressourcenintensiv leben wie wir in Deutschland, so würden sogar knapp drei Planeten benötigt – denn auf Deutschland bezogen ist das Budget bereits am 3. Mai verstrichen.“ Artmann sieht in dem Tag aber auch einen Ansporn für Politik und Gesellschaft: „Wir kommen nicht umhin, den Erdüberlastungstag wieder deutlich nach hinten zu schieben. Er gibt einen nationalen und weltweiten Maßstab, d.h.: Wir können die Wirkung von Maßnahmen und Lebensstiländerungen an diesem Tag messen.“

----- 03.08.2019 -----

Şengal-Gedenkaktion

Anlässlich des fünften Jahrestages des Genozids in Şengal hat ein Gedenken und anschließend eine Demonstration in Celle stattgefunden, zu der der Dachverband des ezidischen Frauenrats e.V. aufgerufen hatte. Dabei wurde allen Ermordeten, aber auch all den verschleppten Frauen und Kinder gedacht, die vor fünf Jahren dem sogenannten „Islamischen Staat“ und seinen Verbündeten zum Opfer fielen.

Zum Beginn kamen um die 100 Menschen auf dem Großen Plan zusammen, wo um 11 Uhr eine Gedenkminute abgehalten wurde, die zeitgleich auch in vielen anderen Städten stattfand. Im Anschluss gab es eine kurze Demonstration durch die Innenstadt von Celle, an der etwa 200 Personen teilnahmen.



----- 10.08.2019 -----

Rheinmetall Flashmob

Um auf das tödliche Geschäft von Rheinmetall aufmerksam zu machen, fanden am Samstag Nachmittag drei Flashmob-Aktionen statt: auf der Stechbahn dem Großen Plan und Am heiligen Kreuz. Daran beteiligten sich gut 30 Personen.



Haesler hatte ein Faible für Pachtgärten

Otto Haesler als Bauhaus-Architekt (4)

100 Jahre Bauhaus – da möchte auch Celle touristisch mitspielen, hat doch der Architekt Otto Haesler hier einige „Duftmarken“ dieser Schule der Moderne gesetzt. Wir haben vor, ihn in den fünf Heften dieses Jahres selbst über seine Projekte sprechen zu lassen und den Text mit Fotos nicht nur zu illustrieren, sondern auch ein bisschen zum Leben zu erwecken. Diesmal geht's um sein Faible für Gärten und Grünanlagen. Die Textauszüge sind aus: Otto Haesler: Mein Lebenswerk als Architekt. Hrsg. von der deutschen Bauakademie, Berlin 1957.

1924/26

In diesen Jahren wurden mit der Errichtung der Siedlung Georgsgarten in Celle 180 Etagenwohnungen in Zeilen zwischen Grünanlagen geschaffen, die in bezug auf ihre Wohnform Ausstattung, Besonnung und zentrale Anlagen als billigere, bessere und gesündere Wohnungen allgemein bewertet wurden. Für 100 von den 180 Wohnungen wurden auch Pachtgärten vorgesehen, um auch den Mietern dieser Etagenwohnungen ihre gewohnte und begehrte Verbindung mit dem Garten zu ermöglichen. Die Anlage dieser Gärten, anschließend an die Grünanlagen zwischen den Wohnzeilen, hat sich ausgezeichnet bewährt. Trotz ihrer Lage direkt vor der Südfront der Wohnzeilen bleibt für die Wohnungen der Ausblick auf die gepflegten Grünanlagen erhalten und wird nicht durch die im Winter wenig ansehnlichen Pachtgärten beeinträchtigt.

1927

Für die billigste Kleinstwohnsiedlung Blumenlägerfelde in Celle wurde für jede Wohnung ein kleines Gartenstück vorgesehen und für mehrere zusammenliegende Wasseranschluß und einheitliche Einfriedigungen angelegt. Mehr konnte für die Anlage dieser Gärten im Rahmen der angestrebten außergewöhnlich niedrigen Herstellungskosten der Wohnungen nicht aufgewendet werden. [siehe Fotos – Stadtarchiv Celle]



Auch für die Siedlung am Friedrich-Ebert-Ring in Rathenow waren Pachtgärten, wie in der Siedlung Georgsgarten in Celle ausgeführt, geplant. Hier lag ein geeignetes Gelände am nördlichen Abschluß der Siedlung, am Philosophenweg. Leider entwickelten sich damals in den Jahren um 1932 die allgemeinen Verhältnisse so, daß die geplante Anlage von Pachtgärten nicht mehr durchgeführt werden konnte.

1946

Als ich in diesem Jahr mit der Wiederaufbauplanung der Stadt Rathenow beauftragt wurde; nahm ich die Gelegenheit wahr, auch die Anlage von Pachtgärten vorzusehen. Allein der erste Bauabschnitt, der Wiederaufbau der fast völlig zerstörten Altstadt, ergab den Neubau von 1200 Wohnungen zwischen Grünanlagen. Für diese und für Altbauwohnungen wurden auf genossenschaftlicher Grundlage Pachtgärten auf einem dafür geeigneten Gelände unweit der Altstadt - 15 Minuten entfernt - im nördlichen Weichbild der Stadt geplant. Ähnlich wie in der Siedlung Georgsgarten in Celle sollten hier je nach dem Bedürfnis der Bewohner Pachtgärten entstehen und für die Überwachung und Betreuung der Gärten auf je 100 solcher Pachtgärten eine Vollerwerbsgärtnerei vorgesehen werden.



Der Glaubenskrieg um den Heiligen Gral

Länger als der Dreißigjährige Krieg (1618 bis 1648) dauert in Celle nun schon der Glaubenskrieg um die Ostumgehung (1976 bis heute). Mit fast religiösem Wahn beten die Verkehrs-Fanatiker ohne Unterlass ihre immer selbe Glaubenserkenntnis herunter: Der Heilsbringer für alle Celler Verkehrsprobleme ist die Ostumgehung! Zu dumm für die Gläubigen, dass dieser Heilsbringer, von den Weisen aus dem niedersächsischen Straßenverkehrsamt (NLStBV) geplant, ein Naturschutzgebiet durchkreuzen soll. Der große Kreuzzug (Planfeststellungsbeschluss) Anno Domini 2011 wurde vom BUND wegen eklatanter fachlicher und rechtlicher Mängeln beklagt und vom OVG Lüneburg als „vorläufig nicht vollziehbar“ erklärt. Der gerichtlich verordnete Baustopp wurde als „Fledermaus“-Urteil im April 2016 sakrosankt: „Die Planung ist rechtswidrig und nicht vollziehbar.“ Den Weisen aus dem NLStBV wurden damit per Urteil rechtswidrige Planungen nachgewiesen. Ausgerechnet Vampire haben zur Verteufelung des Heilsbringers Ostumgehung beigetragen.

Im Mai 2018 versuchten die Weisen aus Niedersachsen im Änderungsplanfeststellungsbeschluss Gold, Weihrauch und Myrrhe für die Vampire nachzulegen. Doch auch die Myrrhe mussten sie behalten, denn der BUND beklagt im April 2019 die weitere Nichteinhaltung von gesetzlichen Vorgaben im Änderungsplanfeststellungsbeschluss.

Nun schließt sich den Glaubenskriegern der Fahnenjunker Dirk Heindorff (SPD Ortsratsmitglied Altencelle) mit seinen roten Bannern an: *Wir haben die Schnauze voll! >BUND - Nein Danke< Weiterbau Ostumgehung - jetzt!!!* Der BUND ist jetzt der Beelzebub gegen den es im „heiligen“ Krieg anzukämpfen gilt. Der Herold der Glaubenskrieger (Michael Ende CZ) bläst so laut zum Kampf für die „heilige“ Sache, dass sich ein weiterer Scheinheiliger aus der Deckung traut: Seine Oberglaubwürden Jörg Nigge! Gerade noch hat er sich als AKH-Aufsichtsrat wegen eines Millionen-Kredites mit folgender Begründung aus der Verantwortung geschlichen: „Es gibt zu viele Beispiele in unserem Land, bei dem

Politik zu Lasten der Steuerzahler einen nicht umkehrbaren Weg durch Gewährung von Hilfen eingeschlagen hat, weil ohne die Zusage immer weiterer Hilfen die vorherigen verloren wären. Ähnlich wie beim Klimaschutz wird in den Fällen zu Lasten künftiger Generationen agiert.“ Nun fordert er ein „deutliches Bekenntnis“ für den Heilsbringer Ostumgehung. Sein Glaubensbekenntnis für das 100-Millionen-Steuergeld-Projekt zu Lasten künftiger Generationen lautet: „Es muss jetzt aller Einfluss ausgeübt werden, um die weiteren Teile der Ostumgehung beschleunigt anzugehen, vor allem aber das unselige Gesetz, welches Interessengruppen wie dem BUND überhaupt erst diesen Einfluss gewährt, zu kippen.“

An geltende Gesetze wie z.B. das Urheberrecht hat sich unser Oberplagiarius Nigge schon vor seiner Amtszeit (s. revista #81) ungern gehalten. Das „unselige Gesetz“, das der Oberseelenheilige Nigge kippen möchte, wurde 2006 als >Allgemeine umweltrechtliche Verbandsklage< im Bundesnaturschutzgesetz verankert. In einer Studie des Umweltbundesamtes heißt es: „Generell lässt das Klageverhalten der Umweltverbände den Schluss zu, dass diese ihre knappen Ressourcen Zeit und Geld sehr sorgfältig und rational einsetzen. Daher wird grundsätzlich nur bei eklatanten fachlichen und rechtlichen Mängeln ein Rechtsbehelf eingelegt.“ Keiner der Glaubenskrieger kommt auf die Idee, die Weisen aus Niedersachsen und ihren Oberbefehlshaber (Verkehrsmi-nister Bernd Althusmann CDU) aufzufordern, sich endlich an geltende Gesetze zu halten. Statt dessen soll der Beelzebub (BUND) seine Klage zurückziehen und der OBERjustizschwachmeister Jörg Nigge will „unselige Gesetze“ kippen. Kaum zu glauben!



**KLIMAWANDEL
TREIBHAUSGASE
MIKROPLASTIK
BAUMSTERBEN
KRIEGSGEFAHR
LUFTVERSCHMUTZUNG
HOCHWASSERFLUT
EISSCHMELZE
HAGELSCHNEE
FEUERSTÜRME
HITZEWELLE**



Kein Grund zur Panik?

Das gängige Argument gegen den menschengemachten Klimawandel ist simpel: Klimaschwankungen habe es schon immer gegeben. Insofern sei die derzeitige Klimaerwärmung eine natürliche Erscheinung. Es gebe also keinen Grund zur Panik. Wissenschaftler der Universität Bern haben dieses Argument nun weitgehend entkräftet. Raphael Neukom und sein Team des Geografischen Instituts der Universität Bern erforschten, dass es einen erheblichen Unterschied zwischen den früheren Kalt- und Warmzeiten sowie der derzeitigen Klimaerwärmung gibt. In früheren Zeiten traten die Klimaschwankungen vor allem regional und zu unterschiedlichen Zeiten auf. Zurzeit würden die Temperaturen überall auf der Welt und gleichzeitig steigen. „Das ist ein starker Hinweis, dass die von Menschen verursachte globale Erwärmung beispiellos ist.“ Ähnlich warnende Worte findet Mojib Latif, Klimaforscher vom Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel: „Was wir zurzeit erleben, ist so extrem schnell, dass man das einfach nicht mehr mit natürlichen Faktoren erklären kann. Der Anstieg der Temperaturen seit einigen Jahrzehnten hat wirklich eine völlig neue Qualität.“ Prof. i.R. Dr. Thomas Hauf, Physiker und Meteorologe an der Leibniz Universität Hannover erklärt: „Unbestreitbar ist: Der Klimawandel ist in vollem Gange und die Menge des Kohlendioxid-Ausstoßes ist daran erheblich verantwortlich.“

Im Frühjahr 1972 setzte ein 17-köpfiges Forscherteam eine eindringliche Warnung in die Welt. Die Menschheit, hieß es, arbeite direkt auf ihren eigenen Untergang hin. Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht sein. Diese apokalyptische Warnung wurde 1972 in einem schmalen Bändchen der Öffentlichkeit präsentiert. „Die Grenzen des Wachstums - Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit“ lautete sein Titel und sollte sich in das kollektive Gedächtnis einschreiben. Inzwischen ist fast ein halbes Jahrhundert vergangen und trotz dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse und dieser bedrohlichen Voraussagen, ist ein kollektives Umdenken oder eine Handlungsumkehr ausgeblieben. Angesichts der inzwischen deutlich erkennbaren Klimakrise hat Greta Thunberg im Frühjahr 2019 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos alle Menschen zum sofortigen Handeln aufgerufen: „Ich bin hier, um zu sagen: Unser Haus steht in Flammen. Alle politischen Bewegungen und die Medien haben bisher versagt, um wirkliche Veränderungen herbeizuführen. Es ist keine Zeit mehr, höflich darüber zu reden. Jetzt ist Zeit, Klartext zu sprechen. Es gibt keine Grauzone mehr, wenn es ums Überleben geht. Es scheint, als wären Geld und Wachstum unsere einzigen Sorgen. Das muss sich ändern.“ Greta Thunberg beendete ihre Rede mit den Worten: „Ich will euch keine Hoffnung geben. Ich will, dass ihr in Panik geratet.“



Bis heute ist bei den Celler Entscheidungsträgern in Bezug auf Klima, Umwelt und Natur nur Gedankenlosigkeit und Untätigkeit erkennbar. Wohlstand und Wachstum beherrschen weiterhin ihre Maxime. Der verantwortungslosen Celler Politik- und Meinungsgesellschaft ist es inzwischen gelungen Umwelt- und Naturschutz als Bedrohung für den Menschen darzustellen. Unverantwortliche Planungen und Entscheidungen gegenüber den zukünftigen Generationen häufen sich gerade:

- Neue Naturschutzgebiete werden im Celler Land gar nicht erst zugelassen. Erst nach Androhung hoher Strafzahlungen (ca. 12 Mio. Euro) durch die EU hat der Celler Kreistag jetzt mit reichlich Verspätung fehlende Natura-2000-Gebiete



im Aller-Urstromtal gesetzlich als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen. Die Ausweisung als Naturschutzgebiet war im Kreistag nicht mehrheitsfähig. Aus dem Protokoll der vorangegangenen Ausschusssitzung: „Herr Dr. Voss (FDP) merkte an, dass es sich bei dem zu sichernden Gebiet um eine vom Menschen geprägte Landschaft handele. Daher sei das richtige Instrument zum Schutz dieser Landschaft der Landschaftsschutz, mithin ein Landschaftsschutzgebiet und nicht ein Naturschutzgebiet. Schließlich bezweifelte er allgemein, dass die Natur durch Naturschutzgebiete positiv beeinflusst werden könne, da die Naturzerstörung ursächlich auf die weltweite Überpopulation des Menschen zurückzuführen sei.“ Gleichzeitig will Landrat Klaus Wiswe „einen kleinen Beitrag für den Klimaschutz“ leisten indem er die Landkreisverwaltung bei der Aktion: „Radfahren gegen die Erderwärmung“ mit kostenlosem Leitungswasser aus den Landkreis-WCs beglücken will.



- Das Naturschutzgebiet „Untere Allerniederung“ ist von der Vernichtung durch die Verkehrsplaner der Ostumgehung bedroht. Eine großflächige Zerstörung und Versiegelung der letzten stadtnahen Naturlandschaft wird ausschließlich zugunsten des Straßenverkehrs billigend in Kauf genommen. Die MdB Otte (CDU) und Lühmann (SPD) überschlugen sich im Wettrennen um die Beschaffung der mindestens einhundert Millionen Euro für den Bau des 5,3 Kilometer langen Teils der Verkehrs-Trasse.

- Die Kreuzung Nordwall/Wehlstraße ist gerade in ein vielspuriges Autoparadies umgebaut worden und viele Millionen Euro werden jetzt rücksichtslos aufgewendet, um den Nordwall gegenläufig für den LKW und PKW Verkehr anziehend attraktiv zu gestalten. Es ist absehbar, dass damit zusätzlicher Verkehr in die Innenstadt fließen wird und zusätzliche Emissionen erzeugt werden. Was mit den jetzigen Abrissflächen am nördlichen Nordwall geschehen soll weiß heute niemand.



- Der Kollersche Wald im Ortsteil Klein Hehlen soll komplett abgeholzt werden, um den Investor ein „qualitativ hochwertiges“ Wohnquartier entwickeln zu lassen, das an diesem Standort für die Stadtplaner „einmalig und deshalb alternativlos“ ist. Auch hier ist nicht nur die Profit maximierende Abholzung eines ganzen Waldes zu verurteilen, sondern auch die anschließend vollständige Versiegelung dieser Fläche mit Gebäuden und Straßen. Bei den neuen Gebäuden wird vorrangig der Baustoff Zement-Beton eingesetzt werden. Die CO2-Bilanz des Baustoffs Zement fällt verheerend aus: Bei der Produktion entstehen gewaltige Mengen des Klimagases Kohlendioxid. Jüngsten Schätzungen zufolge verursacht die Zementherstellung acht Prozent der weltweiten CO2-Emissionen. Eine Tonne CO2 für jede Tonne Zement. Wegen der lautstarken Proteste gegen die Abholzung hat unser städtebaulicher Oberschlaumeier Nigge nun die Investoren des Kollerschen Waldgebietes zum Gespräch gebeten. Worüber wollen die sich unterhalten? Über die Rettung des brasilianischen Regenwaldes?

- Die Wald- und Landwirtschaftsfläche gegenüber WALLACH wird für die zukünftige gewerbliche Nutzung kahl geschlagen. Nicht nur in Westercelle gibt es derzeit genügend vorhandene freie Gewerbeflächen, die noch lange nicht ausgenutzt sind. Das Straßennetz der neuen Gewerbefläche wird für zusätzliche Verkehrsströme (Lieferverkehr) und für zusätzliche Emissionen sorgen.

- Für den notwendigen Neubau des Feuerwehrgerätehauses wird ein Waldgebiet in Westercelle mal eben „entwidmet“ um abgeholzt und bebaut zu werden. Ein „beschleunigtes Verfahren“ ohne Umweltprüfung lässt sich widerstandslos umsetzen, da sich das Gelände ja im Besitz der Stadt Celle befindet und man kein Geld für ein geeigneteres Baugrundstück ausgeben will. Es ist absehbar, dass es danach nicht mehr lange dauern wird bis die restliche Waldfläche auch dem kurzfristigen Profit geopfert wird.

- Planlos sind auf der der Allerinsel für zukünftige Immobilien-Investoren vorsorglich schon mal unzählige Bäume (vorwiegend gesunde, ausgewachsene Eichen) gefällt worden. Eine dringend notwendige Baumschutzsatzung für die Stadt Celle, die solche planlosen Abholzungsaktionen untersagen würde, ist nicht in Sicht. Statt sich für den Erhalt des noch vorhandenen Baumbestandes in der Stadt Celle einzusetzen, stellt die FDP Ratsfraktion einen entlarvend populistischen Antrag „für den Klimaschutz“: In den nächsten zehn Jahren sollen 2500 Bäume gepflanzt werden. Zur Neuanpflanzung empfiehlt die FDP u.a. die Eiche. Gerade dieser sehr langsam wachsende Baum benötigt während seiner Wachstumsphase etwa 100 Liter Wasser pro Tag. Wer soll diese Dauerpflege über die ersten Jahre übernehmen? Etwa diejenigen, die die vielen, innerhalb eines Jahres, veredeten Eichen- Neuanpflanzungen entlang der Überflutungsflächen auf der Allerinsel zu verantworten hatten? Die Stadt Celle ist ja nicht einmal in der Lage, die vielen klimagestressten Altbestände in den Stadtparks zu pflegen. Die Stadt Essen ist seit 2001 mit einer mustergültigen Baumschutzsatzung ausgestattet und pflanzt Jahr für Jahr 800 klimaresistente Baumarten (keine Eichen) an.

- Für den Amateursport des VfL Westercelle ist die Natur-Rasenfläche nicht mehr gut genug. Für schlappe 800.000 Euro wird ein Kunstrasen angeschafft, mitfinanziert aus Steuergeld von Stadt und Landkreis Celle. Der laufende Unterhalt und seine Entsorgung werden weitere hohe Kosten nach sich ziehen. Für den Erhalt der Beispielbarkeit ist ein regelmäßiges „Einstreu“ erforderlich. Auf den über 6000 Kunstrasenplätzen in Deutschland besteht dieses „Einstreu“ überwiegend aus Gummigranulat (Mikroplastik) von dem pro Jahr und Platz mehr als drei Tonnen ausgebracht werden müssen. Angeblich will der VfL Westercelle kein Plastikgranulat sondern Quarzsand einsetzen, um die EU-Richtlinien zu erfüllen. Fragt sich nur, wie man den Nutzungsabrieb des Kunstrasens anders als „Mikroplastik“ bezeichnen will. „Plastik-Heu“?

Während andere Städte den Klimanotstand ausrufen und damit alle Entscheidungen unter Klimavorbehalt auf ihre Auswirkungen und ihre Verträglichkeit mit dem Klimaschutz stellen, werden in Celle Satzungen, Vorschriften und Verordnungen so lange hingebogen bis ihre eigentlichen Funktionen ausgehebelt sind.

- Für die Tötungen der streng geschützten Maulwürfe im Französischen Garten, die einer Privatperson hohe Strafen bescheren würde, hat sich die Untere Naturschutzbehörde „aus Gründen der öffentlichen Sicherheit“ (Stolperfalle Maulwurfshügel) eine Ausnahmegenehmigung erstellt. Dementsprechend müsste bei dem derzeitigen, erbarmungswürdigen Zustand unserer vertrocknenden Park-Bäume „aus Gründen der öffentlichen Sicherheit“ (Astbruch) der Schloßpark, der Französische Garten und die Triftanlagen gerodet werden.



- Im Neubaugebiet Kieferngrund haben sich viele Grundstücksbesitzer statt der baugesetzlich vorgeschriebenen Grünflächen, verbotene Schotterflächen zugelegt. Mit der Begründung, dass die Anwendung der Niedersächsischen Bauordnung nur für private Flächen gilt, wurden auch die dort von der Stadt angelegten Versickerungsmulden mit Schotter („Mineral-Mulch“) verfüllt. Erklärend zur Niederschlagswassergebühr weist die Stadt Celle Schotterflächen für die Regenwasserversickerung als ungeeignet aus: „Rasengittersteine, Ökopflaster, Schotterbefestigungen o. ä. werden nicht als gebührenmindernd berücksichtigt, da hier erfahrungsgemäß – vor allem bei Starkregen – Regenwasser abgeleitet wird. Außerdem werden diese Flächen nach und nach verdichtet und nehmen zunehmend weniger oder gar kein Regenwasser mehr auf.“ CDU-Fraktionsvorsitzender Heiko Gevers ließ sich in der Ratssitzung zu der absurden Aussage hinreißen: „In der Bauordnung ist nichts in Stein gemeißelt. Der Begriff Grünfläche ist juristisch



nicht eindeutig definiert. Käme es lediglich auf die Farben an, wäre eine grüne Asphaltdecke auch eine Grünfläche.“

Diese Beispiele verantwortungsloser Handlungsszenarien von Verwaltung und Politik dürfen jedoch nicht von unserer täglich wiederkehrenden individuellen, verantwortungslosen Handlungsweise ablenken. Allein unser unreflektierter Lebensmittelkonsum erweitert Tag für Tag die ungelösten globalen Probleme wie z.B. Energie- und Wasserverschwendung, Regenwaldabholzung, Umweltvergiftung, Plastikmüllerzeugung, Arbeitskraftausbeutung, Treibhausgasemission durch Fleischproduktion. Völlig selbstverständlich benutzen wir im digitalen Zeitalter sämtliche von der Cybermafia erdachten „Bequemlichkeiten“ wie: FACEBOOK, INSTAGRAM, YOUTUBE und GOOGLE. Dass wir mit dieser „kostenlosen“ Nutzung nicht nur unsere persönlichsten Daten preisgeben, sondern auch einen gewaltigen Energieverbrauch für die Rechenzentren dieser Erde auslösen, vergessen wir nur all zu gern. Zehn Prozent aller globaler elektrischer Energie verbraucht allein die Funktion des Internet. Wir bestellen mal eben bei AMAZON Dinge, die wir nicht brauchen, um sie dann ebenso gedankenlos zurückzusenden, und wundern uns über die zusätzlich vom Lieferverkehr verstopften und verpesteten Straßen.

Unser Lebensstil gilt heute in vielen Regionen der Welt als Non-Plus-Ultra. Wir müssen uns schnellstens vom Wachstums-Wahn verabschieden. Wenn es uns nicht gelingt, wie können wir es dann von den Milliarden Menschen erwarten, die aus ihrer Sicht nachholend genau dahin kommen wollen.

Die klitzekleine Welt vor unserer Haustür gibt - wie oben gezeigt - wenig Anlass zu Hoffnung. Wir alle benötigen zum Leben ein Minimum an Nahrung, Kleidung, Wasser und Energie. Es wird für jeden Einzelnen schwer umsetzbar sein, sich auf dieses Minimum zu beschränken. Das stetig ansteigende Bevölkerungswachstum macht diese Herausforderung nicht einfacher. Wissenschaftler*innen verweisen zu Recht auch auf einen schärfer werdenden "Generationenkonflikt" um die Frage künftiger Lebensbedingungen. Sie berechnen die Kosten für die Nichteinhaltung der europäischen Klimaziele mit 62 Mrd. Euro bis zum Jahr 2030. Der vom Menschen beschleunigte Klimawandel wird sich vielleicht nicht aufhalten lassen, aber statt den drohenden Untergang zu beschwören, werben die Sachverständigen für den sofortigen Aufbruch. Für Celle würde dieser Aufbruch den sofortigen Stopp aller Haushaltsmittel bei klimaschädlichen Vorhaben (Ostumgehung, Nordwall, Kollerscher Wald, etc.) bedeuten. Wenn es gelingt, Klimaschutz gleichermaßen zu einem wirtschaftlichen wie politischen Erfolgsfaktor zu machen, werden Otte, Lühmann, Nigge und Co. bald aus Celles politischer Landschaft verschwunden sein.

Bis alle sinnvollen Maßnahmen umgesetzt sind, werden wohl noch Jahrzehnte vergehen. Es könnte dennoch funktionieren, aber die schlichte Erkenntnis ist, dass es nur unter radikalen Änderungen und Einschränkungen

im Privaten geht. Unter Verzicht! Dieser Verzicht muss durch etwas Positives ersetzt werden. Klimagerechtes Verhalten muss der neue Maßstab sein, und wir können und müssen ihn entwickeln. Jetzt müssen großzügige Anschubfinanzierungen für die vielen Projekte klimaneutraler Energiegewinnung und -speicherung her, statt weiterhin Subventionen in fossile Energieträger oder in die verrückt gewordene Agrarwirtschaft zu pumpen.

Eins ist sicher, der Klimawandel hat uns erfasst und geht unerbittlich weiter. Je schneller es zur Erderwärmung kommt, je stärker die planetarischen Grenzen überschritten werden, je tiefer der ökologische Fußabdruck wird, desto größer werden auch die Kriegsgefahren. Ganze Regionen werden unbewohnbar, sind von Dürre oder Überschwemmungen betroffen, Wetterextreme gefährden riesige Landstriche. Millionen Menschen werden dann auf der Flucht sein. Daraus erwachsen neue Verteilungskonflikte. Denn es ist eine Illusion, es könne grüne Oasen des Wohlstands auf einer zunehmend unwirtlichen Welt geben. Die globale Welt droht zu einer zerbrechlichen Einheit zu werden, weil es bisher kein wirtschaftliches und soziales Modell gibt, das sozial und ökologisch kompatibel ist. Insofern rast die Menschheit auf den verhängnisvollen Zeitpunkt zu, an dem das Zusammenspiel von Klimawandel, Artensterben und Wasserknappheit negative Synergien mit nachholender Industrialisierung und weiteren 1,5 Milliarden Menschen auslösen wird, die jenseits unserer Vorstellungskraft liegen. Dieser Zeitpunkt wird schon bald erreicht sein. Auch die absehbare Ressourcenknappheit wird nicht nur Verteilungskämpfe auslösen, sondern Kriege. Wenn wir uns weiter weigern, entschlossen im Interesse der ganzen Menschheit zu handeln, vergrößern wir unübersehbar die Kriegsgefahren. Jede und jeder sollte begreifen, dass nach aller historischen Erfahrung der Krieg keine Grenze in sich hat. Besorgnis erregende Ankündigungen waren jetzt von der neuen Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer zu hören. Sie gibt der NATO „die klare Zusage“ für die Bundesrepublik die Militärausgaben bis 2024 in Richtung zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen. Zwei Prozent, das hört sich wenig an, aber um das Zwei-Prozent-Ziel zu erreichen, müsste Deutschland insgesamt ca. 85 Milliarden Euro für das Militär ausgeben. Allein für den weiteren Ausbau des Bundeswehr-Standortes Celle kündigt AKK 30 Millionen Euro an.

So lange die Generation mit der „Gnade der frühen Geburt“ untätig bleibt, wird es für die Generation mit der „Ungnade der späten Geburt“ wohl eher zur Apokalypse kriegerischer Selbstvernichtung kommen, als zur Selbstvernichtung durch Umweltzerstörung.

Kein Grund zur Panik?

Kommt der Atom- und Kohleausstieg überhastet?

Schon wieder ein Rekord-Sommer und drohender Wassermangel - da bemüht sich die Weiter-So-Fraktion gar nicht mehr, den Klimawandel zu leugnen. Ja, viele Bremser wie der selbsternannte „Energie-Profi“ Lindner bejahen sogar scheinbar eine Energiewende. Aber, so ihr Argument, Atom- und Kohleausstieg kämen viel zu schnell und man müsse erst die Entwicklung neuer Technologien abwarten. Doch in Wirklichkeit steht ein Wandel bei Nutzung der natürlichen Ressourcen dringend an.

Frühe Warnungen

Das vom Club of Rome beauftragte und von der Volkswagenstiftung finanzierte Massachusetts Institute of Technolog (MIT) kam in der Studie „Die Grenzen des Wachstums“ (1972) zum Schluss, dass eine auf grenzenloses Wachstum ausgerichtete Politik und Wirtschaft zu einer Zerstörung der Lebensgrundlagen führt.

Nachdem seit 1958 in Mauna Loa auf Hawaii und drei anderen weltweiten Stationen die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre kontinuierlich mit zuverlässigem Methoden erfasst wurde, zeigte sich seit 1970 ein starker Anstieg. Und bereits 1986 sagte eine interne Studie des Ölkonzerns Shell den Klimawandel voraus. Diese Studie wurde nicht nur geheim gehalten sondern Shell schloss sich mit Chevron, BP und Exxon zur "Global Climate Coalition" zusammen und diese bestach mit bis zu 160 Mill. Dollar pro Jahr Wissenschaftler, Studien zu produzieren, die den Klimawandel leugnen.

1997 – Kyoto-Protokoll will CO₂ Ausstieg

Eine internationale Konferenz in Kyoto 1997 legt einen schrittweisen Abbau der CO₂-Emissionen aus fossilen Energieträgern fest. Die Industrieländer verpflichteten sich, ihren Ausstoß bis 2012 um (unzureichende) ca. 5 % zu senken. Das wurde bis 2012 formal erreicht, aber nicht durch wirkliche Einsparungen, sondern durch Wirtschaftskrisen. Deutschland erreichte z.B. bis 2012 ca. 24 %, aber seitdem stagniert der Emissionsabbau und die zwischenzeitlich neu vereinbarten 40 % bis 2020 werden nicht erreicht. Auch alle weiteren Klimakonferenzen brachten viele Absichtserklärungen, in Wirklichkeit hat sich der CO₂-Ausstoß weltweit seit 1990 verdoppelt.

2001 – Atomausstieg bis 2022

Die Katastrophen in den AKW Harrisburg (USA) und Tschernobyl (UdSSR) – die mittel- und langfristig Hunderttausende von Todesopfern kosteten – zeigten, dass die Kernenergie technisch nicht wirklich beherrschbar ist. Zudem zeigte sich, dass Kernkraft unsubventioniert nicht wirtschaftlich ist und dass die Entsorgung des Atommülls zum unlösbaren Problem wird. Deshalb schlossen die großen Energiekonzerne in Deutschland mit der SPD-Grünen-Bundesregierung einen Vertrag, bis

ca. 2020 alle AKWs stillzulegen. Defacto haben Regierung und Wirtschaft 15 Jahre praktisch nichts gemacht, diese Vereinbarung tatsächlich umzusetzen. Praktisch alle Investitionen in Solar- und Windenergie kamen von Privat oder kleinen Fondsgesellschaften, die großen Energieversorger investierten 15 Jahre lang praktisch nichts in Regenerative Energien. Stattdessen betrieben die Stromkonzerne eine Rücknahme des Atomausstiegs, was ihnen mit der CDU-FDP-Regierung 2010 mit einer Laufzeitverlängerung bis 2036 auch gelang.

2011 – Fukushima, Atomausstieg bestätigt

Harrisburg wurde nie ernstgenommen und Tschernobyl als „kommunistischer Murks“ abgetan, aber als es dann 2011 im HighTech-Land Japan zum AKW-GAU kam, zog sogar Kanzlerin Merkel die Notbremse, einige alte AKW wurden sofort stillgelegt und der Rest soll bis 2022 stillgelegt werden. Doch statt nun erneuerbare Energien beschleunigt auszubauen, begann die Bundesregierung ab 2014 durch Novellierungen des Erneuerbaren Energie Gesetzes (EEG) mit einer Deckelung und Abbremsung des Ausbaus. U.a. mit der Begründung, die Stromnetze seien zu schwach, den Wind- und Solarstrom aufzunehmen. Ganz nach dem Motto, man tut das Eine nicht, um das Andere zu lassen.



2019 – F4F tritt der Politik in den Arsch

Die F4F-Demos haben völlig recht, es muss natürlich bis 2030 aus der Kohle ausgestiegen werden. Was dazu fehlt, ist der Ausbau der großen Strombackbones, die Anbindung an die großen Wasserkraftspeicher in Norwegen und Österreich, sowie ein Aufbau großer Power-to-Gas Anlagen in Deutschland, der Neubau einiger zusätzlicher Gasturbinenkraftwerke (zur Überbrückung und für späteren Betrieb mit regenerativem Methan) und der weitere Ausbau von Wind- und Solarstrom. Das sind übrigens Forderungen, die das Umweltbundesamt bereits 2001 aufstellte. So viel zum Thema "Überhastung".

Klima-Countdown

Workshop für Einsteiger*innen und Fortgeschrittene

Die Klimakrise ist inzwischen umfassend Thema in der Öffentlichkeit. Das konkrete Wissen um die Zusammenhänge, Folgerungen und Risiken ist auch bei interessierten Menschen sehr unterschiedlich. Hier will dieser Workshop ansetzen. Ziel ist die Erarbeitung von Grundlagen und Auswirkungen der Klimakrise. Exemplarisch werden wir am Beispiel Landwirtschaft/Ernährung Ursachen, Auswirkungen und Veränderungsmöglichkeiten diskutieren. Ein ca. halbstündiges Einstiegsreferat führt in die Wissensaustausch- und Diskussionsrunde ein. Schlussfolgerungen werden im letzten Block in mögliche konkrete Zielsetzungen, Forderungen und Aktionen münden.

1. Abend : Physikalische Grundlagen / Budgetansatz

2. Abend: Auswirkungen

3. Abend: Landwirtschaft und Ernährung

4. Abend: Folgerungen, ToDo

Die Reihe findet vom 10.9. - 1.10., jeweils Dienstags von 19 – 21.15 Uhr statt. Ort: vhs, Trift 17, Raum 5. Eine Anmeldung bei der vhs Celle unter 19BCE1220 ist sinnvoll; die Gebühr beträgt 20 EUR für alle vier Abende – falls der Kurs nicht voll ist, ist auch eine Teilnahme an einzelnen Abenden möglich.

Rosa Luxemburg Club sucht Mitstreiterinnen

Seit Februar 2006 gibt es in Celle den Rosa-Luxemburg-Club. In den vergangenen 13 Jahren waren fast 100 Referent*innen nach Celle eingeladen und rund 30 weitere Film oder Workshop-Veranstaltungen durchgeführt. Zuletzt ist die ehrenamtliche Organisationsarbeit von drei alten Männern gemacht worden. Und die suchen jetzt „Nachwuchs“. Wer Interesse hat, kann sich am Montag, den 23. September, um 20 Uhr, ins Bunte Haus begeben.

Vor acht Jahren gab es in der revista mal ein Interview, da können Interessierte schon jetzt mehr erfahren:

<https://www.revista-online.info/index.php/archiv/online-archiv/15-057/75-der-rosa-luxemburg-club-celle>



Flucht und Migration

Strukturelle Hintergründe von Flucht und Migration - Wer Fluchtursachen verstehen möchte, darf vom kolonialen Erbe nicht schweigen

Referent: Olaf Bernau, Bremen

Seitens der EU ist viel von „Fluchtursachen“ die Rede, die „bekämpft“ werden müssten – gerade in Ländern Afrikas. Was dabei in den Blick zu nehmen wäre: Die Menschen kommen, weil ihre Existenzgrundlagen zerstört werden – ob durch Ressourcenkonflikte, ungleiche Handelsbeziehungen, Landgrabbing oder verschuldungsbedingte IWF-Strukturanpassungsprogramme.

All dies ist das Ergebnis globaler Machtverhältnisse, in denen Europa seit kolonialen Zeiten am Drücker sitzt – nicht selten im Wechselspiel mit korrupten, machtversessenen und undemokratischen Eliten im Süden des Globus.

Olaf Bernau ist Journalist und Referent in der Erwachsenenbildung. Ehrenamtlich engagiert er sich im Koordinationskreis des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact, in diesem Rahmen hält er sich regelmäßig in Westafrika auf.

Dienstag, den 8.10.2019, 18.30 Uhr, Anmeldung unter 19BCE1230 (gebührenfrei) – Ort, vhs, Trift 10 (Saal)

vhs Celle in Koop. mit RLS Niedersachsen e.v.

Das gute Leben für alle

Das gute Leben für alle – Wege von der imperialen zur solidarischen Lebensweise (Workshop)

Mit Hannah Engelmann (Hildesheim) – I.L.A. Kollektiv

Ausgehend von einem kritischen Blick auf das Konzept der imperialen Lebensweise lädt der Workshop dazu ein, sich mit möglichen Wegen in eine solidarische Lebensweise auseinanderzusetzen. Gemeinsam versuchen wir zunächst zu verstehen, was es heißt „auf Kosten Anderer“ zu leben. Wieso ist unsere Lebensweise imperial und warum ist sie so tief in der Gesellschaft verankert? Anhand von konkreten Beispielen schon jetzt gelebter Utopien wollen wir daran anknüpfend die Prinzipien einer solidarischen Lebensweise erarbeiten und diskutieren, wie Wege von der einen in die andere Lebensweise aussehen können.

Das I.L.A. Kollektiv ist eine Gruppe junger Wissenschaftler*innen, die sich mit Fragen globaler Gerechtigkeit und den Konzepten einer imperialen und solidarischen Lebensweise beschäftigt. Die Abkürzung I.L.A. steht für »imperiale Lebensweise und Ausbeutungsstrukturen im 21. Jahrhundert«.

Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr, Anmeldung unter 19BCE1230 sinnvoll, Ort: vhs, Trift 20, Saal

Eine Veranstaltung der vhs Celle in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen; gebührenfrei, aber Anmeldung erforderlich.

Globaler Streik – #AlleFürsKlima – auch in Celle

Seit Monaten gehen junge Menschen weltweit und auch in Deutschland auf die Straßen. In ihrem Forderungspapier verlangen die Demonstrierenden der deutschen Fridays for Future Bewegung die Einhaltung des 1,5°C Ziels und konkret für Deutschland den Kohleausstieg bis 2030, eine hundertprozentige Versorgung durch erneuerbare Energien und das Erreichen von Netto-Null Emissionen bis 2035, sowie eine CO₂-Steuer.

Bei der bisher größten internationalen Fridays for Future-Demonstration am 15.03. gingen über 300.000 Schüler*innen, Studierende und junge Menschen deutschlandweit und fast zwei Millionen Demonstrierende weltweit für eine konsequente Klimapolitik auf die Straße.

Inzwischen gibt es in ganz Deutschland über 500 aktive Ortsgruppen der Bewegung, dazu zählt auch die Ortsgruppe hier in Celle. Die Schüler*innen, Studierende und junge Menschen setzen sich nicht nur für eine bundesweite Klimapolitik, sondern auch für kommunale Maßnahmen ein. So fordern die jungen Aktivist*innen den Erhalt des Stadtwaldes, der die Kriterien eines historischen Waldes erfüllt, aber einem mehrstöckigem Wohnkomplex weichen soll.

Während die Auswirkungen der Klimakrise bei uns noch vergleichsweise wenig zu spüren sind, bestimmen Dürren, Hungersnöte und Umweltkatastrophen in anderen Teilen der Erde bereits den Alltag. In absehbarer Zeit werden diese Probleme auch auf Europa zukommen. Gleichzeitig werden andere Regionen der Welt unbewohnbar. Für eine bessere Zukunft gehen die jungen Aktivist*innen auf die Straße.

„Unser aller Zukunft und unser aller Lebensgrundlage ist ernsthaft von der Klimakrise bedroht. Nicht nur die Jungen unter uns werden von den Folgen betroffen sein, sondern wir alle. Deshalb fordern wir euch auf mit uns gemeinsam demonstrieren zu gehen“, sagt Nana, 20 .

Fridays for Future Celle verlangt daher von allen Menschen an dem globalen Klimastreik am 20.09. teilzunehmen. Die Demonstration leitet eine deutschlandweite Aktionswoche ein, in der die weltweite Klimakrise thematisiert wird.

„Die Klimakrise kann nur gesamtgesellschaftlich bekämpft werden. Daher ist es nun an der Zeit, dass den netten Worten der Erwachsenen auch Taten folgen. Ein erster Schritt der Unterstützung kann die Teilnahme an der Demonstration am 20.09. oder auch an der Week4Climate sein,“ sagt Jonas, 21.

Was in Celle läuft erfahrt ihr unter:

www.instagram.com/fridaysforfuture.celle



Hier noch einige Passagen aus dem bundesweiten Aufruf

Warum am 20. September?

Während in Berlin das Klimakabinett tagt und in New York einer der wichtigsten UN Gipfel des Jahres vorbereitet wird, wollen wir den 20. September zum größten globalen Klimastreik aller Zeiten machen.

Explizit rufen wir alle Generationen auf, auf der Straße dabei zu sein.

Zusammen fordern wir einen gerechten und konsequenten Klimaschutz und die Einhaltung des Pariser Klima-Abkommens. [...]

Am 20.9. tragen wir die Klimakrise auf Straßen - von Schulen, Betrieben, Seitenstraßen, Küchen, Geflüchtetenheimen, Büros und Kindergärten, von Behindertenwerkstätten, von Händen und Herzen auf die Straße. Hunderttausende Menschen werden streiken, viele nehmen sich frei oder verlängern ihre Mittagspausen, überall wird es #FridaysForFuture geben. [...]

Die Zeit des Zuschauens ist vorbei. Am 20. September kämpfst Du für Deine Zukunft.

Egal wer Du bist, egal in welcher Rolle Du das liest - wir brauchen Dich!

Warum wird das Verbrechen klein geredet?

Vor 20 Jahren, am 9. August 1999, wurde Peter Deutschmann von zwei Escheder Neonazis in seiner Wohnung überfallen und so misshandelt, dass er am folgenden Tag an den Folgen verstarb.

Peter Deutschmann hatte sich damals verbal gegen das „Skinhead-Getue“ der beiden Escheder Neonazis Marco Siedbürger und Johannes Kneifel zur Wehr gesetzt. Das reichte aus, um totgeschlagen zu werden!

Aus Wut über die Kritik an ihrem neonazistischen Gehabe verschafften sich die beiden Täter Zutritt zu Peter Deutschmanns Wohnung, traten und schlugen auf den 44-Jährigen ein, misshandelten ihn mit Glasscherben. Sie zertrümmerten seinen Kehlkopf und fügten ihm zahllose Schlag- und Schnittverletzungen zu. Um zu verhindern, dass Peter Deutschmann Hilfe holt, zerstörten sie das Telefon. Dann verschwanden sie und ließen das Opfer stark blutend und schwer verletzt zurück. Als Nachbarn Stunden später die Hilferufe hörten, kam jede Rettung zu spät. Peter Deutschmann starb im Krankenhaus an seinen schweren Verletzungen. Das Landgericht Lüneburg verurteilte im Januar 2000 beide Täter wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge zu einer fünfjährigen Jugendstrafe; einen politischen Hintergrund wollte es nicht erkennen.

Allerdings bestätigte die Bundesregierung nur einen Monat später, im Februar 2000, dass Peter Deutschmann aus fremdenfeindlicher Motivation getötet wurde.

Gut zweieinhalb Monate nach der Tötung von Peter Deutschmann organisierten das Celler Bündnis gegen Rechts und die VVN eine Diskussionsveranstaltung in Eschede zum Thema rechte Gewalt. Unter den 35 Interessierten waren zwei (!) Teilnehmende aus Eschede.

Im folgenden Jahr fand der Prozess gegen die beiden Täter in Celle statt. An einem der Prozesstage fand eine Kundgebung von Antifaschist*innen vor dem Amtsgericht statt. Escheder*innen wurden nicht gesehen.

Am ersten Todestag von Peter Deutschmann hielten Antifaschist*innen aus Norddeutschland Mahnwachen vor Peter Deutschmanns Wohnhaus und in der Ortsmitte ab. Die Reaktionen der Escheder reichten von: „Die Täter sind viel zu lasch weggekommen. Die waren doch von ganz rechts außen, das weiß hier jeder.“ bis zu „In unserem Ort? Da habe ich noch nie etwas von gehört.“ Wie denn nun, wusste es nun jede*r? Zumindest hätte es jede*r wissen können.

Dann war erste einmal lange Ruhe um Peter Deutschmann.

2009 hat das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus während der Sommerdemonstration gegen die Nazitreffen auf Hof Nahtz vor dem ehemaligen

Wohnhaus an den Tod von Peter Deutschmann erinnert. Und im selben Jahr fand im August anlässlich des 10-jährigen Jahrestages eine Gedenkveranstaltung in der Ortsmitte von Eschede statt. Von da an gedenken jedes Jahr am 10. August, dem Todestag von Peter Deutschmann, in Eschede an das neofaschistische Verbrechen.

Schon bald wurde die Errichtung eines Gedenksteins gefordert. Das Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus hat dazu viele Aktionen gemacht und Vorschläge eingereicht (siehe Foto unten), stieß aber mit dem Vorhaben lange Zeit auf Widerstand. „Wir wollen nicht gegenüber jedem, der hier durchfährt, als Nazi-Dorf dastehen. Das sind wir auch nicht“, sagt Eckhard Breetzke im Jahr 2012. Und weiter: „Ich finde die Einmischung in eine fremde Gemeinde ein bisschen dreist“, sagt der Kommunalpolitiker und meinte einen Vertreter des Netzwerks Südheide.

2013 fand der Escheder Rat doch eine Lösung: Der Gedenkstein für Peter Deutschmann kam, aber nicht in die Ortsmitte, wie vom Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus gefordert. Im selben Jahr wurde er offiziell in Eschede an der Kirche eingeweiht (siehe nächste Seite). Bei der Einweihung des Steins sagte der



damalige Escheder Pastor, dass „*dieser Stein auch eine Mahnung sein soll, aufzustehen und unsere Stimmen Beizeiten zu erheben. Darum wollen wir Menschen sein, die nicht still bleiben angesichts von Unrecht und Unterdrückung, angesichts von Ausgrenzung und Hass.*“

Jetzt liegt der Stein seit sechs Jahren in Eschede vor der Kirche. Er sollte mehr sein als ein Stein des Erinnern; er sollte auch bewirken, dass die Menschen wachsam werden, sich klar positionieren, wenn Nazis andere ausgrenzen, bedrohen, verletzen oder gar ermorden.

Aber der Umgang mit der Tat fällt scheinbar vielen schwer. Da ist der eine Täter, Johannes Kneifel, der Jahre nach seiner Verurteilung und seiner angeblichen Läuterung davon spricht, dass Peter Deutschmann ja eine Vorerkrankung gehabt hätte. Er versucht so, seine Schuld zu relativieren. Und der andere Täter? Sein Vater soll an Drogenkonsum gestorben sein. Und Peter Deutschmann soll mit Drogen gehandelt haben. Also auch eine Relativierung der Tat. Diese Legende wurde übrigens nicht vom Täter selbst während der Gerichtsverhandlung zu seiner „Entlastung“ erzählt, sie hält sich aber hartnäckig bis heute im Dorf. Übrigens sind bei Peter Deutschmann keine Drogen gefunden, und die Polizei hat sich nach der Tat seine Wohnung schon genau angeschaut.

Wem hilft diese Legendenbildung? Es scheint ein hilfloser Versuch zu sein, die Tötung eines Menschen von Escheder Neonazis kleinzureden. Vielleicht ist es für das Selbstbild der Escheder*innen einfacher, sich nicht selbst vorwerfen zu müssen, das große Problem mit Neonazis im Dorf jahrelang nicht ernst genommen zu haben. Dann ist es leichter zu sagen, dass die Tötung von Peter Deutschmann keine rechtsmotivierte Tat gewesen sei, sondern eine angebliche Auseinandersetzung im Drogenmilieu, eine persönliche Überreaktion des einen Täters, der das Opfer angeblich für den Tod des Vaters verantwortlich macht. Peter Deutschmann war kein organisierter Antifaschist, aber er zeigte Haltung gegenüber Nazi-gehabte; das ist deutlich mehr, als viele Andere gemacht haben. In der Celleschen Zeitung vom 14.01.2000 wird

erwähnt, dass Peter Deutschmann für seine „Ausländerfreundlichkeit“ in Eschede bekannt gewesen sei.

Auch Walter Lübcke war kein organisierter Antifaschist, aber war auch irgendwie ein „Ausländer über eine geplante Erstaufnahme-Unterkunft und bedankte sich bei Ehrenamtlichen, er lobt die örtliche Schule, die zur Wertevermittlung beitrage. „*Ich würde sagen, es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten*“, sagte Lübcke weiter. Nach Pöbeleien aus der rechten Ecke fällt schließlich der später viel zitierte Satz: „*Und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist.*“

Wenn also der Regierungspräsident aus Kassel, das CDU-Mitglied Walter Lübcke ermordet wird, offensichtlich von einem Neonazi, dann ist bundesweit die Rede von einer neuen Dimension gar einer neuen Qualität rechter Gewalt. Das wurde bereits nach der Selbstenttarnung des NSU gesagt: von einer neuen Form und einer neuen Qualität des Rechtsextremismus war die Rede.

Daniel Köhler, Gründer und Direktor des „German Institute on Radicalization and De-radicalization Studies“ (GIRDS) hat eine Datenbank zum Rechtsterrorismus erstellt. Er zählt seit 1963 92 rechtsterroristische Gruppen und Einzelpersonen; seit 1971 zählt er unter „vereitelten und erfolgreichen Straftaten“ zwölf Entführungen, 174 bewaffnete Überfälle und 123 Sprengstoffanschläge. Und 229 Morde mit rechtsextremen Motiven. (<https://www.belltower.news/daniel-koehler-viel-rechtsgewalt-ist-eigentlich-rechtsterrorismus-43648/>) So neu also alles nicht.

Die Bewertung von Morden, also die Antwort auf die Frage, ob sie aus neonazistischen und/oder rassistischen Motiven verübt wurden, scheint sich nach dem Ansehen der Opfer zu richten.

Dazu trägt die Legendenbildung in Eschede leider bei. Es sollte wirklich keine Rolle spielen, ob ein Opfer rechter Gewalt Politiker ist oder „nur“ an seinem Wohnort Nazis verbal in die Schranken weist. Tatsache ist, dass Nazis morden, weil sie ein menschenverachtendes Menschenbild haben, in dem sie sich selber völlig überhöhen. Das gipfelt in Ausgrenzung, schlimmstenfalls in der schrecklichsten Form – der Tötung von ihnen ihrer Meinung nach nicht „Gleichwertigen“ oder politischen Gegnerinnen und Gegnern. Dieses menschenverachtende Weltbild wahrzunehmen und ihm entgegenzutreten ist wichtig. Wenn der Tod Peter Deutschmanns vor 20 Jahren dazu beitragen könnte, dass aufmerksam hingeschaut wird, wenn Neonazis sich breitmachen, dann ist dieses Tat immer noch schrecklich und sinnlos, hätte aber vielleicht bei den Menschen etwas Positives bewirkt.



Wanderausstellung:

Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen



INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTLICHE
FORSCHUNG, BILDUNG UND BERATUNG (ISFBB) e.V.



Die Ausstellung setzt sich mit den Verbrechen des NSU in den Jahren 1999 bis 2011 sowie der gesellschaftlichen Aufarbeitung nach dem Auffliegen der neonazistischen Terrorgruppe im November 2011 auseinander.

Im ersten Teil werden die Biografien von Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Mehmet Turgut, Habil Kılıç, İsmail Yaşar, Mehmet Kuşaşık, Theodoros Boulgarides, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter dargestellt. Weitere Tafeln beschäftigen sich mit den Bombenanschlägen in Nürnberg und Köln sowie den Banküberfällen, bei denen unschuldige Menschen teilweise lebensbedrohlich verletzt wurden.

Der zweite Teil beleuchtet das Netzwerk des NSU. Verbindungen neonazistischer V-Leute verschiedener Verfassungsschutzbehörden mit den bisher Angeklagten werden skizziert. Analysiert werden auch die Gründe, warum die Mordserie lange nicht aufgedeckt wurde sowie der gesellschaftspolitische Umgang mit dem Themenkomplex. Zum Schluss kommen Angehörige der Ermordeten zu Wort. Eltern, Kinder und Witwen berichten von der Zeit vor und nach dem Auffliegen des NSU, kommentieren den Münchner NSU-Prozess und unterziehen die bisherige Aufklärung einer kritischen Beurteilung.

Die Ausstellung ist vom 21.10. bis 03.11.2019 während der Öffnungszeiten des Neuen Rathaus zu sehen.

Veranstalter: Diakonisches Werk Celle, Arbeitskreis Ausländer, Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus

Vortrag von Birgit Mair

Jahrelang waren die Opfer des NSU Opfer im doppelten Sinne: Opfer des NSU und Opfer der Ermittlungen der Verbrechen des NSU. Mit der Ausstellung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“ möchte Birgit Mair dem entgegensteuern. Über Jahre hinweg sprach man in der Öffentlichkeit von den „Dönermorden“. 2012 wurde es gar zum „Unwort des Jahres“ erklärt. Man unterstellte den Opfern dem organisierten Verbrechen anzugehören. Völliger Blödsinn, dennoch wurden die Ermittlungen jahrelang unter den Namen „Soko Halbmond“ und „Bosporus“ geführt. Alleine die Namen der Ermittlungskommissionen zeigen schon, dass

da nicht vorurteilsfrei gearbeitet wurde, sie sind Ausdruck institutionellen Rassismus. Erst nach dem Auffliegen des NSU wurde in der Öffentlichkeit deutlich, dass die Opfer nicht die Täter sind, ihnen wurde von der Bundeskanzlerin versprochen: *„Wir tun alles, um die Morde aufzuklären und die Helfershelfer und Hintermänner aufzudecken und alle Täter ihrer gerechten Strafe zuzuführen.“*

Laut Mair prägten Rassismus und Vorurteile die Ermittlungen. Und über den Kern des NSU hinaus brachten sie kaum Unterstützer des Terrors vor Gericht.



Die Ausstellungsmacherin Birgit Mair ist Mitbegründerin des Nürnberger Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung e.V. (ISFBB), Co-Autorin der internationalen Studie zu NS-Zwangsarbeit "Hitlers Sklaven" und Autorin der Bücher "Überlebensberichte von Josef Jakobowicz" sowie "Strategien gegen Neonazismus und Rassismus". Die Rechtsextremismus-Expertin hielt in den vergangenen Jahren bundesweit zahlreiche Vorträge über Neonazismus und Rassismus, verfasste Broschüren zu neueren extrem rechten Bewegungen und organisierte Fachtagungen zum Umgang mit Neonazismus und Rassismus. Weitere Infos: www.isfbb.de und www.opfer-des-nsu.de

Die Ausstellungsmacherin Birgit Mair stellt anhand eines bilderreichen Powerpoint-Vortrags das Ausstellungsprojekt vor und geht auf den NSU-Komplex (Prozess, Untersuchungsausschüsse etc.) ein. Im Anschluss besteht die Möglichkeit für Fragen aus dem Publikum.

22.10.2019, 19.00 Uhr Kunst & Bühne, Nordwall 46

Veranstalter: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, SPD OV Celle

NPD kauft Hof Nahtz

Am 22.06.2019 fand die Demonstration „Klar und deutlich gegen Nazis!“ in Eschede statt. Anlass war die Sommwendfeier von NPD, JN und Döütschen Deerns. Zu diesem Nazi-Event reisten über 80 Teilnehmer*innen an, darunter mindestens 15 Kinder. Es wurden mehrere Redebeiträge gehalten, u. a. ging es um die Bedeutung des Nazihofs am Ortsrand von Eschede.

Diese Frage müssen sich die Organistor*innen / Teilnehmer*innen des Widerstands gegen den Nazihof nun ganz neu stellen, denn wenige Tage vor der Demonstration wurde öffentlich, dass der NPD-ler Joachim Nahtz seinen Hof an den NPD-Landesverband Niedersachsen verkauft hat.

Wir haben mit zwei Organisator*innen der regelmäßigen Demonstrationen gegen den Nazihof darüber gesprochen:

?: *Der Landkreis Celle hatte seit Mai Kenntnis von dem Verkauf, die Gemeinde Eschede allerdings schon seit Anfang des Jahres. Was sind eure Fragen bzw. Kritik an die kommunalen Ebenen?*

K: Da weiß ich gar nicht wo ich anfangen soll. Wenn ich lese, dass der Escheder Bürgermeister Günter Berg von der Entwicklung nicht überrascht war, frage ich mich schon, ob er nicht einen „Notfallplan“ entwickelt hatte, ob er sich im Vorfeld ausreichend Unterstützung gesucht hat. Mir scheint es nicht so. Alleine die Tatsache, dass der Landkreis erst im Mai von dem Verkauf erfahren haben soll, spricht eher dafür, dass die Verantwortlichen in Eschede es alles einfach so gesehen ließ, es als eine ganz normalen Immobilienverkauf betrachtet haben. Das geht gar nicht. Immerhin war Herr Berg 2007 selbst daran beteiligt, als sich in Eschede ein Bündnis gründete, dass sich zur Aufgabe gesetzt hatte, gegen die Aktivitäten auf Hof Nahtz zu arbeiten. Da fragt sich schon, wie ernst er das Ganze genommen hat und noch nimmt.

?: *Der Landkreis Celle zieht sich in seiner Stellungnahme auf die „Vertragsfreiheit“, die ihm keine Möglichkeiten gegeben habe,*

den Verkauf an die NPD zu verhindern? Könnt ihr dieses Argument nachvollziehen bzw. was hättet ihr trotzdem vom Landkreis erwartet?

K: Vertragsfreiheit bedeutet in diesem Fall wohl, dass es zwei Parteien frei steht, einen Vertrag abzuschließen, wenn sie es wollen. Und auch Nazis haben dieses Recht, auch wenn sie den Rechtsstaat ablehnen. Aber über ein Vorkaufsrecht hätte vielleicht der Verkauf verhindert werden können. Vom Landkreis war zu lesen, dass es dafür wohl nicht die nötigen Voraussetzungen gegeben hätte. Das würde ich schon gerne genauer wissen, z.B. ob überhaupt versucht wurde, im Vorfeld, denn lt. Berg war ja die Entwicklung nicht überraschend, sich ein Vorkaufsrecht zu sichern. - Wurde der Landkreis von Eschede zu spät informiert, so dass nichts mehr möglich war? Angeblich erfuhr der Landkreis ja erst im Mai von dem Verkauf. Dann wäre es ein skandalöses Kommunikationsproblem zwischen den Behörden. Hier hat ja nicht Frau Meyer an Herrn Müller verkauft, sondern ein bekannter NPD-ler an den NPD Landesverband Niedersachsen. - Und dann noch: warum wurde die Öffentlichkeit nicht informiert? Seit Jahren engagieren sich viele Menschen gegen das Treiben auf dem Nazihof in Eschede, für sie alle ist es ein Schlag ins Gesicht und zeigt, dass es nur Geplapper ist, wenn gesagt wird, dass das Engagement dieser Menschen wichtig wäre. Wenn es en vogue ist, etwas gegen Nazis zu machen, weil mal wieder das Thema Nazis überregional für Aufmerksamkeit sorgt, dann kann Eschede und Celle damit punkten, dass es ja eine engagierte Zivilgesellschaft gibt. Es wäre ein gutes Zeichen gewesen, mit den verschiedenen Bündnissen gegen Rechts rechtzeitig das Gespräch zu suchen. Aber es wundert mich nicht wirklich, dass das nicht passiert ist.



??: *Habt ihr den Eindruck, dass die Verwaltungsspitzen von Landkreis bzw. Gemeinde Eschede die neu entstandene Situation ernst nehmen? Oder anders gefragt: Was würdet ihr jetzt erwarten?*

K: Das mit dem Ernstnehmen habe ich ja oben schon angezweifelt, auch wenn sich Berg und Landkreis in der Presse z.T. anders äußern. Ich erwarte, dass die Umstände dieses Verkaufs offen dargelegt werde. Die Linke hat dazu ja eine ausführliche Anfrage gestellt und ich erwarte ehrliche und ausführliche Antworten. Was die Zukunft dieses NPD-Treffpunkts angeht erwarte ich, dass dort genauer hingeschaut wird und die Bedeutung der Nazitreffen nicht heruntergespielt werden.

??: *Nichts ist in der BRD so geschützt wie das Eigentum (an Grund und Boden besonders): immerhin ist neue Eigentümerin des Nahtz-Hofes nun ein Verband einer von den Bundesbehörden beobachten „verfassungsfeindlichen“ Partei; seht ihr da Möglichkeiten einer Intervention der Behörden (auch für den Fall eines Rückverkaufs an den Alteigentümer)?*

A: Das ist eigentlich nicht unsere Priorität, die Aktivitäten auf dem Hof durch die Hintertür zu verhindern. Wir möchten das menschenfeindliche Treiben dort durch eine Sensibilisierung der Leute – hier allerdings auch die Beschäftigten der Gemeinde, des Kreises - bewerkstelligen.

??: *Eure Demos haben ja nun schon eine lange Tradition und die Teilnahme der Leute schwankt, ist aber durchweg erfreulich groß. Habt ihr Pläne, die Form des politischen Intervenierens noch in irgendeiner Form auszuweiten?*

A: Ja, da gibt es immer mal wieder neue Ideen, gerade im gegenwärtigen Stadium, allerdings wollen wir nicht zu früh davon sprechen; erst anlässlich einer der nächsten Mobilisierungen.

??: *Vor rund 20 Jahren wurde hier in der Südheide der Spuk auf dem Gelände Hetendorf 13 beendet, nachdem jahrelanger öffentlicher Druck ausgeübt worden war ...*

A: Wir stellen in letzter Zeit verstärkt fest, auch bei externen Veranstaltungen, Lesungen und Diskussionsabenden, dass es einen immer breiteren Konsens gibt; die große Mehrheit der Gesellschaft möchte – wenigstens nicht im „eigenen Garten“ – eine solche Stätte der Geistlosigkeit haben, einen Ort an dem schon kleine Kinder mit dem menschenverachtenden Gedankengut unter dem Deckmantel von Brauchtum beeinflusst werden. Zu sehr sitzt der Schock der Anwesenheit von NSU-„Kadern“ hier in der Heide den Leuten vor Ort in den Knochen.

Die umfangreiche Anfrage von Behiye Uca (Die Linke) ist auf der Seite www.linke-bsg.de dokumentiert, eine Antwort lag bis Redaktionsschluss nicht vor.



Foto: J. Elendt

„Transparenz ...

..., Transparenz, Transparenz“, forderte der Chor der Demonstrierenden zur Begrüßung der AKH - Aufsichtsratsmitglieder am 12.06.2019 vor dem Krankenhaus am Siemensplatz. Es war und blieb unklar, wie die finanzielle Rettung der Krankenhäuser in Peine und Celle aussehen sollte und welche einschneidenden Maßnahmen den Beschäftigten drohten. Klar war nur, dass die Ausgliederung von Reinigung, Küche und Transportdienst keine wesentlichen Einsparungen bei den laufenden Kosten bringen würde. Dieser Tritt in den Hintern der Beschäftigten war wohl eher ein symbolischer Akt zum Beweis der eigenen Tatkraft der Geschäftsführung.

Seine Mitstreiter kann man sich nicht immer aussuchen. Und so war es die AfD, die in der Kreistagssitzung am 18.06.2019 mehr Transparenz forderte. Sie stellte den Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Der sollte die Vorgänge aufklären, die zur Finanzkrise der AKH-Gruppe geführt hatten. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit der „etablierten“ Parteien abgelehnt. Die Kommunalpolitiker dieser Parteien stellen auch die Mehrheit im Aufsichtsrat des AKH.

Nach monatelanger Berichterstattung in der Lokalpresse zur Finanzaffäre hätten in einer anderen Stadt Politiker als Mitglieder eines Aufsichtsrates doch längst öffentlich erklärt: „Wir bedauern es, dass wir die Ereignisse, die zur drohenden Insolvenz führten, als Aufsichtsgremium nicht gesehen haben. Es tut uns leid, dass wir diese Entwicklung nicht verhindert haben. Wir versprechen aber eine lückenlose, öffentliche und transparente Aufklärung der Vorkommnisse.“

In Celle das genaue Gegenteil. Hier verkünden die Verantwortlichen: „Wir haben nichts falsch gemacht. Eine Untersuchung der Ereignisse lehnen wir aber ab.“

Kommentar von Ernst-Günther Mörsel, ehem. Betriebsratsvorsitzender im AKJH

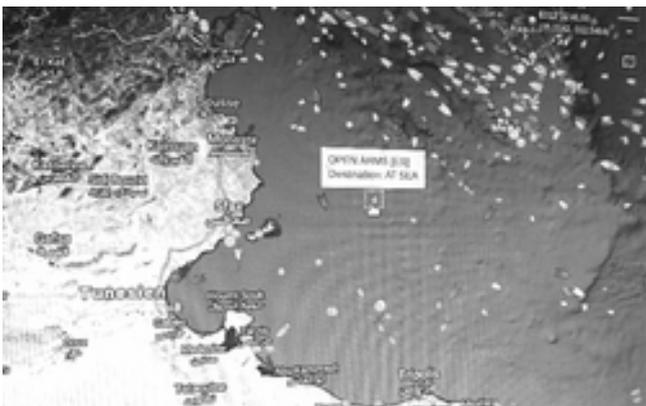


Seien wir ehrlich: Wäre das Turnier an den Wettbörsen gehandelt worden, wäre für Conny eine Quote von 1:10.000 halbwegs realistisch gewesen. Aber wie nicht zum ersten Mal: Die Celler revista-Minigolf-Open ist bekannt für Außenseiter*innen-Siege. Nach der Ursache ihres Erfolgs befragt, verwies die Championesse auf ihr Motto: „Konzentrierte Ruhe“.

Als Überraschung kann auch der diesjährige Zweite durchgehen, denn Matze war zum ersten Mal dabei. Bronze ging an Heiko, der mit dieser Platzierung einmal mehr seinen „Ehrgeiz“ unter Beweis stellte.

Mit 23 Starter*innen erlebte die revista-Minigolf-Open einen neuen Teilnehmer*innen-Rekord. Der Promi-Faktor dieser Charity-Veranstaltung wurde durch die Beteiligung der Ratsmitglieder Dirk Gerlach (Die Partei) und Oliver Müller (BSG) zwar nicht unbedingt spielerisch, aber „gesellschaftlich“ aufgewertet. - Der Teamgewinn ging an die von Moni zusammengestellten „Queens“.

Einzelranking: 1. Conny (35), 2. Matze (37), 3. Heiko (40), 4. Thomas / Karl (41), 6. Kirsten (43), 7. Reinhard (44), 8. Horst / Ewu (45), 10. Anne (46), 11. Uschi (48), 12. Dawn / Moni (49), 14. Carsten / Uwe (51), 16. Der Kaiser / Dirk (53), 18. Salli / Sabine (54), 20. Oliver (55), 21. Mia (59), 22. Michael / Liesel (60)



Blick nach Links #15

MarineTraffic.com, das ist eine Seite, auf der sich der gesamte Schiffsverkehr von zu Hause aus beobachten lässt, weltweit, und das nahezu in Echtzeit. Dazu gibt es jede Menge Informationen zu jedem einzelnen Schiff, welcher Schiffstyp ist es, von wo sie kommen, wohin sie wollen, welchen Kurs sie mit welcher Geschwindigkeit laufen usw.

Über diesen Link kommen wir gleich ins Mittelmeer: Das Meer, auf dem sich so unendlich traurige Dinge ereignen, auf dem mit Kalkül Tausende Menschen ertränkt werden. Schon ein düsterer Ort, aber hin und wieder gelingt es einigen, wie den Leuten von der „Sea Watch 3“ oder denen der „Alan Kurdi“, gegen alle Widerstände Flüchtende vor dem Ertrinken zu retten und an Land zu bringen. Zum Beispiel die „Alan Kurdi“, die ja vor ein paar Tagen Malta anlaufen durfte und die Geretteten von Bord gehen konnten, läuft sie nun mit 6.9 Knoten Fahrt in dem Seegebiet zwischen Lampedusa und der tunesischen Küste auf einem nördlichen Kurs. Sieht so aus, als suchte sie erneut nach in Seenot Geratene.

Es lässt sich auch nach jedem anderen Schiff suchen, am besten über den Schiffsnamen oder die IMO-Nummer (International Maritime Organization), so z.B. nach der „Open Arms“, ein Rettungsschiff der gleichnamigen spanischen NGO, die sich mit 100 Geretteten gerade südlich von Lampedusa befindet (siehe Screenshot links unten).

Gut zu erkennen lässt sich auch, dass wenn ein Rettungsschiff, wie vor einiger Zeit die „Sea Watch 3“, mit Geretteten einen sicheren Hafen ansteuern will (und es einen solchen in Libyen oder Tunesien nicht gibt), Lampedusa der nächstgelegene ist.

Die „Sea Watch 3“ liegt übrigens seit dieser Aktion im Hafen von Licata/Sizilien an der Kette.

<https://www.marinetraffic.com/>

Ein Elf aus Niedersachsen

Ich binde den Schuh wie ein Elf.
Bildnis eines Unsichtbaren 2002

Eine Geschichte zu erzählen

Ich lernte in Celle Heimweh und bittere Verlorenheit kennen.

Celler Seligkeiten 2002

Diesem Schriftsteller verdankt Celle eine Liebeserklärung und einige treffende Bemerkungen obendrein, die er in der Süddeutschen Zeitung [7.5.2002] und später auch im Brevier „Verbot der Nüchternheit“ [2007] veröffentlicht hat. Laut PLESCHINSKI befindet man sich in Celle „an einem verdeckten Knotenpunkt der Welt“, eine Feststellung, die RWLE MÖLLER sofort unterschrieben hätte. In erfrischender Kürze durchzieht der Autor die Knotenpunkte der Celler Welt, dass selbst griesgrämige Cellerzernirscher lächeln müssen: „Die Königin der Heide.“ – „Fachwerkjuwel an der Aller.“ – „Als Kind



Foto: © C.H.Beck

wollte ich meistens in London oder in Celle wohnen.“ – „... um 1965 wurde das Wort ‘Schloß’ für mich zum Schlüssel für Kultur, Lebensart und erstrebenswerte Zivilisation. Das Celler Schloß [...] Aus einem flüchtigen Besuch entwickelte sich Bleibendes.“ – „Um über die hirnlos-destruktive Vaterlandsvergötzung auf dem Laufenden zu bleiben, hat die ‘Antifaschistische Infogruppe Celle’ ihre Internetseiten eingerichtet.“ – „Albrecht Thaer war ein frischer, praktischer Geist der Goethezeit.“ usw. Kurz: er stellt pointiert fest: „Wer in Celle nichts sieht, sieht auch woanders nichts.“ Schließlich überlegt er, warum er lange Zeit in Celle leben wollte.

Warum rührt mich die Stadt unvermindert an? Sie ist ein Platz der Kindheit. Sie war meine große Welt, die nicht erschlagend war. Die liebevolle Mühe, unser flüchtiges Dasein zu schmücken, drückt sich in den Akanthusschnitzereien der Häuser und in der Stukkaturenorgie in der Hauptkirche aus. Die Stadt birgt weiterhin Geheimnisse.

„Man wird unter den heute Vierzig- bis Sechzigjährigen selten einen deutschen Schriftsteller finden“, erkennt die Schriftstellerin SIBYLLE LEWITSCHAROFF im Nachwort zu „Verbot der Nüchternheit“, „der so fürsorgliche Blicke auf seine Heimatregion wirft.“ Doch er täuscht sich nicht und lässt sich nicht täuschen, wenn er seiner Liebeserklärung noch hinzufügt:

Celle ist ein Rest des malerischen Deutschland, ein europäischer Geschichtsvorrat, heimelig, in ungunstigen Fällen muffig, geizig, boshaft. Es kann sich deutsch-venezianisch-englisch geben und eine Aufforderung an Fremde und Einwohner sein, solchem Reichtum zu entsprechen.

Über Abgründe

*Man muss Geschichten erfinden,
die über den Abgrund führen.*

Bildnis eines Unsichtbaren 2002

Es gibt schon lauernde Abgründe anzuzeigen, etwa in „Die Ostheide, das tolle Nichts“ [2003] benennt er einen davon beiläufig: „Wer an Heimat denkt, macht ein Fass auf, aus dem es zuerst tröpfelt. Dann ersäuft man unter den Fluten.“ Doch seine erste Geschichte über einen Abgrund erlebt der spätere Autor bereits im embryonalen Zustand. Eine spezielle Heimatdurchfahrt auf dem Weg vom Zonenrandgebiet (Wittingen) zu seiner

Geburts(stadt) Celle und ohne zu ertrinken.

Der junge Autor leistet Mitte der 1970er Jahre seinen Zivildienst „in einem Altenheimneubau am Celler Waldrand“ ab. Ausführlich in seinem autobiographischen Roman „Bildnis eines Unsichtbaren“ [2002] erzählt. Dies Buch erzählt auf leichte Weise eine tief berührende Liebesgeschichte, die Leben und Tod des Gefährten über den Abgrund balanciert. In dem besagten Altenheimneubau am Waldrand serviert als Aushilfe eine „Frau Bargfeld“, der er seine Geburtsgeschichte haarklein erzählt. Ein wenig scheint sich der junge Autor vom älteren Kollegen in Bargfeld anfangs abgeguckt zu haben, ohne ihn nachzuahmen. Ach ja, als Fahrerschüler fährt HANS später in Zügen der OHE, „der Ostthannoverschen Eisenbahn, deren Waggons aus dem Jahre 1904 stammen. Jedes Abteil besaß eine eigene Tür zum Perron.“

Der Schriftsteller betritt 1984 mit „Frühstückshörnchen“ (Satiren) das zweifelhafte Gelände der Literatur, das Abgründe in allen tiefen und Preislagen bereithält, ja, die abgründigsten Abgründe Suchenden geradezu hinterlistig einlädt. In den verklammerten Unter- oder Nebentiteln seiner folgenden Bücher – „Gabi Lenz. (Werden & Wollen. Ein Dokument)“; „Nach Ägypten (Ein moderner Roman)“ – macht er sich unterhaltsam und munter fabelnd lustig über die eher nach Innen gewandte Literatur seiner Kolleginnen und Kollegen im Betrieb.

Der neue Ton, der mich dann weiter auch geprägt hat, war vielleicht eine gewisse Frechheit, Lebenslust und um sich nicht dem deutschen Jammergehabe hinzugeben. Das war neu und für mich ein inneres Anliegen, nicht in dieses deutsche Dauerlamento einzustimmen. [...] Mir ging es immer darum, eine Geschichte zu erzählen, etwas auch zu erfinden, glaubhaft zu erzählen, viel Welt einzubeziehen und vor allen Dingen auch Historie wachzurufen.

HANS PLESCHINSKI im Gespräch, am 23.5.2016 (Deutschlandfunk).

Das sichtbare Nichts

Die Historie des Mittelalters erweckt er in „Pest und Moor“, aber noch lieber geht er ins Barock, von dort erzählt er in „Der Holzvulkan“. Er fabuliert vom „exquisiten Größenwahnsinnigen“ Herzog Anton Ulrich in Braunschweig und Wolfenbüttel, der 1714 mit 81 Jahren starb. Der Erzähler, Charles, kommt im Nieselregen aus Berkeley in Kalifornien mit einem sich in Hamburg zugelegten schrottreifen Opel in der Abenddämmerung auf einem leeren Parkplatz im Vorharz an und mit einem merkwürdigen Mann ins Gespräch. Niemand anderer als Lessing oder doch der Herzog selbst, der ihm nach und nach das fürstliche Lustschloss Salzdahlum aus dem Nichts imaginiert. Ein Schloss, das einst aus Holz statt Steinen erbaut wurde, in Ermangelung nötiger Finanzen.

PLESCHINSKI gelingt es, ein literarisches Kabinettstück zwischen den Einöden Harz und Heide einzurichten. Spielerisch erscheinen, während sich die gegen den Regen Beschirmenden vom Parkplatz hügelabwärts in die feuchten Niederungen zwischen Sumpf, Kuhfladen und Baumstümpfen bewegen: Herzog Anton Ulrich, die Dichter Christian Bressand und Sigmund von Birken, Lieselotte von der Pfalz, auch der Universalist Leibniz, dazu Musik, Ballett und Fackeltänze. Es entfaltet der Erzähler verschwundene, opulente Pracht. Er kommt auch auf den Schlüsselroman des Herzogs, auf „Octavia“ zu sprechen, in dem dieser unter Decknamen die grausame Liebesgeschichte der Herzogtochter SOPHIE DOROTHEA verbirgt, wo er die Prinzessin von Ahlden [de jure Königin von England] als Eponilla auftreten lässt. PLESCHINSKI fährt mit dem „Holzvulkan“ (ein kleiner Roman, verfasst als überlanger Brief, den ein Charles nach Berkeley in die USA schreibt), das ist sowohl das Schloss als auch ein Abbild des Alongeperückengeschmückten, des Jupiters aus Wolfenbüttel. Der Autor fährt norddeutsches Barock vom Feinsten auf, das jedoch in der Folgezeit verfaulte und als arg feuchtes Brennholz verbrannte, im Schwelfeuer der Geschichte ... aber für den Autor dennoch eine nennenswerte Utopie birgt, in diesem großenwahnsinnigen Anton.

Komik & Elend

Populär werden HANS PLESCHINSKIS autobiographisch geprägten Romane „Ostsucht“ und „Bildnis eines Unsichtbaren“. Letzter ist in der Münchner Bohème angesiedelt und thematisiert die Trauer um seinen verstorbenen Lebensgefährten. Hier tauchen wieder die Lebens- und Todesmotive der Barockliteratur auf. Wie Zugluft aus „Pest & Moor“ durchzieht es die Abgründe der immer mit brillanter Ironie und erzählerischem Schwung verfassten, immer sehr lesbaren Romane: „Brabant“, „Ludwigshöhe“, „Königsallee“ und „Wiesenstein“. Ihnen allen ist, neben akribischer Recherche, stets Komik & Elend & Glanz & (zuweilen) Ruhm eingeschrieben. In den beiden letzten Büchern beleuchtet er mit analytischem Blick die deutsche Literatur- und Gesellschaftsgeschichte durch ihre bürgerlichen Großschriftsteller als Repräsentanten. Auf der einen Seite der Romanautor THOMAS MANN und auf der anderen der Dramatiker GERHART HAUPTMANN. Dabei nimmt der nach Bayern ins eher lebensfrohe Barock entflohene gebürtige Niedersachse in all seinen Büchern ein Thema nur ganz am Rande auf und er begründet es zu seinem 60. Geburtstag im Gespräch mit HAJO STEINERT: „Ich will mich nicht durch das Dritte Reich identifizieren lassen.“ Obwohl auch der Nachgeborene von den Nachwehen der jüngeren deutschen Geschichte ganz sicher infiziert sein dürfte.

Seine außerordentliche Affinität zum europäischen Adel, sichtbar in den Herausgaben und Übersetzungen aus dem Briefwechsel von Voltaire und Friedrich dem

Großen, den Briefe der Jeanne Antoinette Poisson de Pompadour oder im geheimen Tagebuch des Herzogs von Croÿ, geht sicher auf eine Initiation des kleinen HANS PLESCHINSKI zurück, der Mitte der 1960er Jahre mit Oma das Celler Herzogschloss als ein für sich „Bleibendes“ entdeckt hat.

Ehrungen

Die Ehrungen für das inzwischen umfangreiche und vielfältige Werk bleiben nicht aus. Sie beginnen gleich 1984 mit dem in Frankfurt am Main verliehenen Hunger-tuch-Preis für die Erzählung „Gabi Lenz“. Zwei Jahre später folgen gleich zwei Preise. Einmal der Bayerische Kunstförderpreis (Literatur) und dann der Literaturförderpreis des Landes Niedersachsen. Damit sind die geographischen Pole zwischen Herkunft und gewähltem Lebensraum klar abgesteckt. Zwischendurch residiert er 2004 als Stadtschreiber von Amman (Jordanien) und 2008 an der Miami University in Oxford (Ohio) als Writer in Residence. 2012 wird er zum Mitglied in die Bayerische Akademie der Schönen Künste berufen (2015 gar zum Leiter der Abteilung Literatur ernannt). Zu der Zeit schmücken ihn schon acht Preise. Und weil dieser Autor gern zwei Auszeichnungen pro Jahr entgegen nimmt, folgt die zum „Chevalier dans l'ordre des Arts et des Lettres“ auch unmittelbar 2012. Zwei Jahre später kommt der Literaturpreis der Landeshauptstadt München hinzu, das löst keine Verwunderung mehr aus, aber der sich hinzugesellende Niederrheinische Literaturpreis stammt doch noch aus einer anderen Gegend. 2019 erscheint hingegen eine besondere Würdigung seiner Arbeit, ein Buch über den Autor, in dem Literaturwissenschaftler, Kollegen, Weggefährten sich zu Wort melden, plaudern und nachdenken über HANS PLESCHINSKI: Kay Wolfinger/Laura Schütz (Hrsg.), „Eleganz und Eigensinn, Studien zum Werk von Hans Pleschinski“, im Verlag Königshausen & Neumann.

Ein Elf

Eine klitzekleine Stelle ist hier zum Beschluss aus dem „Bildnis eines Unsichtbaren“ von 2002 noch zu erzählen, sie gibt die Tonlage des Romans wieder und beschreibt einen möglichen, wenn auch gewagten Bogen zu HANS CHRISTIAN ANDERSENS Elfen, die jener vor 125 Jahren auf seiner Postkutschenfahrt durch die Lüneburger Heide sich und seinen Lesern imaginierte. PLESCHINSKIS Roman quillt ohnehin nur so über von klassischer Bildung in Literatur, Musik und bildender Kunst, aber protzt nicht damit. Die Atmosphäre, in der die folgende Stelle eingebettet wurde, ist in sich schon ein Anspielungsreich. Der Ich-Erzähler bindet dem durch eine Bandscheibenoperation gehandicapten älteren Freund die Schnürsenkel:

„Zieh nicht am Fuß.“

„Ich ziehe nicht am Fuß. Ich binde den Schuh wie ein Elf.“

„Ein Elf aus Niedersachsen.“

„Sonst hast du keine guten Geister mehr, mein Lieber!“

LITERATUR (Auswahl)

Frühstückshörnchen, Satiren. Siegen 1984; Gabi Lenz (Werden und Wollen. Ein Dokument). Zürich 1984; Nach Ägypten (Ein moderner Roman). Zürich 1984; Pest und Moor (Ein Nachtlicht). Zürich 1985; Der Holzvulkan (Bericht einer Biographie). Zürich 1986; Ostsucht. München 1993; Bildnis eines Unsichtbaren. München 2002; Verbot der Nüchternheit. Kleines Brevier für ein besseres Leben. München 2007.

Der Text von Oskar Ansell ist ein leicht veränderter Vorabdruck aus seinem Buch: "Heimat, schöne Fremde".

Von wegen "nix los hier"!

OSKAR ANSULL - Überblick zu meinen Forschungsergebnissen

Lesung, Vortrag und Gespräch

Wer in Celle nichts entdeckt, entdeckt auch woanders nichts, meinte einmal der in Celle geborene Wahlmünchner Hans Pleschinski. Das dachte sich auch Oskar Ansell während der Recherchen zu seinem bisher aufwendigsten - das Celler Land betreffende - Unternehmen.

Er erzählt an diesem Abend von seiner über acht Jahre währenden Arbeit am Buch "Heimat, schöne Fremde", das im November im Wehrhahn Verlag (Hannover) erscheint. Er spricht über Zusammenhänge und Struktur seiner Celle und den Landkreis umfassenden Literaturgeschichte. Ein Modellversuch, das Gebiet von über 800 Jahren Heimatliteratur mal ganz anders als bisher üblich anzugehen.

Bomann-Museum, 1. Oktober 2019, 19 Uhr, Eintritt frei

Ansull's Buch

„Heimat, schöne Fremde. CELLE Stadt & Land. Literarische Sichtung in vier Teilen“

wird ausgeliefert ab 15.11.2019 - der Wehrhahn-Verlag bietet das 1088 Seiten dicke Buch bis 15.10.2019 zu einem Subskriptionspreis von 39,00 EUR an, danach kostet es 48 EUR.

Suche nach Herkunft

Zur Ausstellung: „Suche nach Herkunft.
NS-Raubkunst im Bomann-Museum?!“
Celle – vom 5. Juli 2019 bis 29. März 2020

HERKUNFT

stimmen verharren
in den dingen museen
regalen an wänden
bewahrt stimmen
verjagter ermordeter
westen darin fort

gespeichert tickt
schuld das gewissen
einst mühelos abhanden
gekommen tickt in büchern
bildern uhren gestohlene
herkunft ein spuk entseelter
zurückzufinden ins recht

darauf ruht kein segen

der satz stellt herkunft her
späte versuche – und sieh
stimmen sind auffindbar
zu entziffern in den dingen
vom unrecht zusammen-
gewürfelt behaupten sie sich
seit jeher

OSKAR ANSULL
Celle, 27. Juni 2019

Seit März 2016 erforscht das Bomann-Museum mit Unterstützung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste die Herkunft seiner Sammlungszugänge aus der NS-Zeit.

Der Fachbegriff für die Erforschung der Herkunft von Objekten ist Provenienzforschung. Sie war schon immer Teil der musealen Arbeit, wird aber seit 1998 besonders für alle Objekte durchgeführt, die möglicherweise zwischen 1933 und 1945 ihren Besitzer wechselten. Hinter-



grund ist die Washingtoner Erklärung von 1998. In dieser bekräftigten 44 Staaten die Absicht, Maßnahmen zur Auffindung unrechtmäßig entzogener Kulturgüter zu unternehmen. In solchen Fällen sollen gerechte und faire Lösungen mit den zumeist jüdischen Opfern oder ihren Nachkommen gefunden werden. Entsprechend der Vielseitigkeit der Celler Sammlung sind sehr unterschiedliche Objektgruppen zu untersuchen. Dabei ist detektivischer Spürsinn gefragt, um die Herkunft so weit wie möglich zu klären. Dies kann sehr zeitintensiv sein und nicht immer gelingt unmittelbar eine lückenlose Rekonstruktion der Objektbiografie. Zahlreiche Quellen sind dabei zu sichten: angefangen von den Spuren auf dem jeweiligen Objekt über die Dokumentation im eigenen Haus bis hin zu Unterlagen in Archiven im In- und Ausland.

Die Ausstellung vermittelt einen Überblick über wichtige Ergebnisse aus drei Jahren Forschungsarbeit. Sie beleuchtet sowohl die Zugänge aus lokalem jüdischem Besitz nach 1933 als auch Erwerbungen aus dem Kunsthandel, insbesondere bei Hans W. Lange in Berlin. Darunter konnten bisher mehrere Objekte identifiziert werden, die infolge des systematischen NS-Kunstraubs in Europa enteignet wurden, unter anderem in den Niederlanden und Frankreich. Zwei 1943 erworbene Gemälde gehörten zuvor zur Sammlung des Hitler-Fotografen Heinrich Hoffmann. Diese und weitere Fälle sowie die spannenden Recherchewege können in der Ausstellung nachvollzogen werden.



Kino 8 1/2 im Sept./Okt.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr

06. und 07. September

Ein Becken voller Männer

Ein depressiver Mann ohne Arbeit schließt sich einer Synchronschwimmer-Gruppe an. Als die vom Leben nicht verwöhnten Männer an der Weltmeisterschaft teilnehmen wollen, erweist sich das ehrgeizige Ziel als enorme Herausforderung, aber auch als Startschuss für ihr Zusammenwachsen. Die einfallsreiche, leicht melancholische Ensemble-Komödie begegnet ihren Figuren mit Ernst, Sympathie und Mitgefühl. Eine einfühlsame Inszenierung und überzeugende Darsteller sorgen für eine außergewöhnliche Anteilnahme an dem Plot, der mit abwechslungsreichem Humor von der Entdeckung neuen Lebensmutes erzählt.

Frankreich/Belgien 2018, Kinostart: 27.06.2019, 122 Minuten

13. und 14. September

Tel Aviv On Fire

Schwarze Komödie um den Autor einer palästinensischen Fernsehserie, der den Anweisungen eines israelischen Militärs folgen muss und teils absurde Entwicklungen in die Vorabend-Serie um eine palästinensische Spionin zwischen zwei Männern hineinschreibt. Die Doppelung zwischen Handlungs- und Film-im-Film-Ebene bietet viel Raum für illustre Verwicklungen und entwirft kurzweilig-spielerische Alternativen zur realen politischen Situation.

Luxemburg/Belgien/Israel/Frankreich 2018, Kinostart: 04.07.2019, 101 Minuten

20. und 21. September

Eine moralische Entscheidung

Ein Teheraner Gerichtsmediziner wird mit dem Leichnam eines Jungen konfrontiert, den er Tage zuvor mit dem Auto angefahren hat. Obwohl als Todesursache eine Fleischvergiftung diagnostiziert wird, steigert sich die innere Unruhe des Arztes bis zur Obsession, weil ihn die Frage nach seinem Anteil an dem Unglück quält. Dabei geht es weniger um moralisches Versagen als vielmehr um Scham und Ehre sowie die Frage, wie in einer islamisch-patriarchalen Gesellschaft Schuld ausgeglichen wird. Das in blasse, entsättigte Farben getauchte Gesellschaftsdrama betont die überindividuelle Dimension des Konflikts und hebt die Rolle der Klassenunterschiede sowie die Rolle der Anerkennung zwischen den Geschlechtern scharf hervor.

Iran 2017, Kinostart: 20.06.2019, 103 Minuten

27. und 28. September

Long Shot

Ein erfolgloser Journalist wird von der US-Außenministerin kurzerhand als Redenschreiber angeheuert, um ihrem Wahlkampf um die Präsidentschaft mehr Humor und Esprit zu verleihen. Die beiden höchst unterschiedlichen Protagonisten kennen sich aus ihrer Jugendzeit und werden allen Widerständen zum Trotz ein Paar. Die clevere Komödie pendelt zwischen glaubhafter romantischer Annäherung, Blödel-Einlagen, gewitztem Schlagabtausch und satirisch-herben Seitenhieben auf die aktuelle US-Politik. Im Kern geht es um die Deformation moralischer Integrität unter starkem sexistischem Druck.

USA 2019, Kinostart: 20.06.2019, 125 Minuten

04. und 05. Oktober

Gloria

Die Ex-Gangsterbraut Gloria muss einen kleinen Jungen beschützen, dessen Eltern und Geschwister von den Männern des Syndikats brutal ausgelöscht wurden. Phil, der Junge, besitzt die Aufzeichnungen seines Vaters, die einige Gangsterbosse für lange Jahre in den "Bau" bringen würden. Gloria kennt die Gangster und ihre Methoden. Es beginnt eine Flucht auf Leben und Tod durch den Großstadt-Dschungel New York. Nur das nackte Überleben zählt.

USA 2019, Kinostart: 22.08.2019, 101 Minuten

11. und 12. Oktober

Läberkäsjunkie

Sechster Teil der Provinzkrimi-Reihe um den niederbayerischen Dorfpolizisten Franz Eberhofer, der den Tod einer Frau bei einem Brand aufklären soll, wobei ein lokaler Fußballstar und ein homosexuelles Paar ins Visier geraten. Familiäre Scharmützel, überhöhte Cholesterin-Werte und die Eigenheiten der Dorfbewohner nehmen ihn aber meist mehr in Beschlag. Die Krimikomödie punktet durch ihr skurril-sympathisches Personal und manche Szene, in der sich das Komische mit dem Tragischen verbindet.

Deutschland 2019, Kinostart: 01.08.2019, 97 Minuten

18. und 19. Oktober

Systemsprenger

Das Spielfilmdebüt von Nora Fingscheidt erzählt auf kraftvolle Weise von einem 9-jährigen Mädchen, das nicht mehr bei seiner Mutter leben darf und durch seine unkontrollierten Wutanfälle bereits mehrere soziale Einrichtungen erfolglos durchlaufen hat.

Deutschland 2019, Kinostart: 19.09.2019, 125 Minuten

Mehr unter

www.kino-achteinhalf.de

Politik, Vorträge & Theater

So., 1. September, 14.30

Welche Auswirkungen hatte der Erste Weltkrieg auf die NS-Verbrechen im Zweiten Weltkrieg?

Vortrag von Dr. Jens-Christian Wagner

Gedenkstättenstiftung, Im Güldenens Winkel 8, Veranstaltungsraum

So., 01. September (bis 9.9.)

**Rheinmetall entwarnen
Friedenscamp in Unterlüß**

mehr zum Programm in Heft

Mi., 04. September, 19.00

Drei Jahre Provenienzforschung in den Celler Sammlungen

Dr. Christopher M. Galler

Bomann-Museum, Eintritt frei

Do., 5. September, 18.00

Ausstellungseröffnung: Zweifach überlebt. Die Geschichte des israelischen Sportlers Shaul Ladany

Gedenkstätte Bergen-Belsen, Forum

Sa., 07. September, 13.00

**Rheinmetall entwarnen
Demonstration**

Start: Bahnhof Unterlüß

So., 8. September, 14.30

Aufrüstung, Krieg und Verbrechen. Die Wehrmacht, der Truppenübungsplatz Bergen und die Kaserne Bergen-Hohne 1935-1945

Führung durch die Ausstellung anlässlich des Tags des offenen Denkmals

Treffpunkt: Gedenkstätte Bergen-Belsen, Information im Dokumentationszentrum

Mi., 11. September, 17.00

Monatstreffen LIST

Buntes Haus

Do., 19. September, 19.00

„Sag, dass es dir gut geht“

Lesung mit Barbara Bišický-Ehrlich

Synagoge, Im Kreise, Eintritt frei

Mo., 23. September, 20.00

Rosa Luxemburg Club ... sucht neue Mitstreiter*innen

Buntes Haus

Mi., 25. September, 19.00

»Hinter Schloss und Riegel«

Dr. Ute Schäfer-Richter

Bomann Museum, Eintritt frei

Do., 26. September, 17.00

Ratssitzung

Alte Exerzierhalle

Do., 26. September, 19.00

Die Kahans aus Baku

Lesung mit Verena Dohrn

Synagoge, Im Kreise, Eintritt frei

Fr., 27. September, 18.00

Critical Mass

Start: Fahrradpumpe – Am Markt

So., 29. September, 11.30

Suche nach Herkunft - Kuratorenführung mit Christopher M. Galler

Bomann Museum - Museumseintritt

Mo., 30. September, 19.30

Paula Modersohn-Becker und die Pariser Avantgarde

Vortrag von Hans-Joachim Neyer

Beckmann Saal, 6,00

Di., 01. Oktober, 19.00

Von wegen "nix los hier"! Oskar Ansell gibt einen Überblick zu seiner Forschung über Literatur & Celle

Bomann-Museum

Di., 08. Oktober, 18.30

Strukturelle Hintergründe von Flucht und Migration - Wer Fluchtursachen verstehen möchte, darf vom kolonialen Erbe nicht schweigen

Referent: Olaf Bernau, Bremen

vhs, Trift 20 - Saal, gebührenfrei

Mi., 09. Oktober, 17.00

Monatstreffen LIST

Buntes Haus

Mi., 16. Oktober, 19.00

Städte als Auktionsgänger - Beispiele aus dem Berliner Auktionshaus Hans W. Lange

Dr. Caroline Flick

Bomann Museum, Eintritt frei

Do., 17. Oktober, 19.00

John Elsas (1851–1935) - Die Bilder sind nicht nach Natur

Ausstellungseröffnung mit Dr. Dorothee Hoppe, Freiburg

Synagoge, Im Kreise, Eintritt frei

Di., 22. Oktober, 19.00

Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen

Vortrag zur Ausstellung im Neuen Rathaus durch Birgit Mair

Kunst & Bühne, Eintr. frei

Do., 24. Oktober, 18.30

Das gute Leben für alle – Wege von der imperialen zur solidarischen Lebensweise (Workshop)

Mit Hannah Engelmann (Hildesheim) – I.L.A. Kollektiv

vhs, Trift 20 - Saal, gebührenfrei, Anmeldung ist sinnvoll, da begrenzte TN-Zahl

Fr., 31. Oktober, 18.00

Critical Mass

Start: Fahrradpumpe – Am Markt

Konzerte & Partys

Fr., 06. September, 18.00 – 22.00

Scharnhorst Blues Fest – Benefiz für PLAN INTERNATIONAL mit Stars & Bars, Madmans Bluesband, Gast: Kay Ray

Scharnhorst, Umsonst & Draußen

Fr., 06. September, 21.00

Freedom – Die Party

CD Kaserne, 7,00

Sa., 07. September, 18.00

2. Bröckeler Rocknacht mit Steve Link Band, Marys Forbidden Dreams, 5Raumfenster

Bröckel, Gasthaus Zur Post, Eintritt frei

So., 8. September, 17.00

Trio »Intermezzo Armonico«

Großer Festsaal im Celler Schloss, Eintritt: 16,00

Di., 10. September, 19.00

Morblus

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 13. September, 18.00

Stadtfest

Schloss: Big Band Celle, mTp, Gransten Blues Band, Riders Connection

Stechbahn: Amberlite, Stefan Baseler, Steve Link Band, Kapelle Petra

Markt: Indie Heroes, Dead Pac, Loy, WU & Luke Nukem, AllerLiebe

Sa., 14. September, 16.00

Stadtfest

Schloss: Big Band IGS, Olivis & the Olivettes, Dupré, Petersen & Friends, schön dick Butter, Stars & Bars, Timmy Scheller Band, Reggaedemmi

Stechbahn: Sock'n'Whiskey, Make it Major, Rocktail - Next Generation, Elasa Hell, Elemet 562, Marys Forbidden Dreams

Markt: Angeprangert - Poetry Slam, Boogieman, Selani, Waterpistol Drive By, Forcki9ers, Stunnah

Sa., 14. September, 20.00

Elisabeth Cutler & Leander Reininghaus

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Sa., 21. September, 20.00

Gustav Peter Wöhler Band & Behind Blue Eyes

Congress Union, 39,00 / 33,00

Mo., 16. September, 19.00

Peter Karp

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 20. September, 20.00

Culk

MS Loretta, ??

Sa., 21. September, 20.00

Christoph-Münch-Trio

Schloß – Turmbühne, 15,00

Do., 26. September, 19.00

Kofferkunst

Turmbühne, 4,00

Fr., 27. September, 20.00

Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Fr., 27. September, 20.00

MarKuz

MS Loretta, ??

Mo., 30. September, 19.00

Mason Rack

Herzog Ernst, Eintritt frei

Mi., 02. Oktober, 20.00

Jugend Big Band "Tonspur" und eine weitere Big Band

Beckmann Saal, 15,00

Mi., 02. Oktober, 20.00

Fischer singt Cohen - Take this waltz...!

CDK, ab 25,50

Sa., 05. Oktober, 20.00

Ohrenfeind – Tanz nackt

CDK, ab 23,00

So., 06. Oktober, 18.00

Internationale NACHT DER GITARREN

CDK, ab 27,40

Fr., 18. Oktober, 20.00

Thorsten Willer

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

So., 20. Oktober, 17.00

Kiran Halpin

MS Loretta, ??

Do., 24. Oktober, 19.00

Kofferkunst

Turmbühne, 4,00

Fr., 25. Oktober, 19.30

American Cajun, Blues & Zydeco Festival mit Joe Hall & the Canecutters, Dwight 'Blackcat' Carrier & the Ro'Doggs sowie Michael Juan Nunez

Hotel Zur Heideblüte, Ovelgönne - 29,00 / 23,00

Fr., 25. Oktober, 20.00

Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Fr., 25. Oktober, 20.00

Soybob

MS Loretta, ??

Sa., 26. Oktober, 20.00

Schlager & NWD-Party

Kaffeegarten Sülze, VVK 5,50

Sa., 26. Oktober, 19.00

MademoiCelle

Oppershausen, Bootshaus

Mi., 30. Oktober, 20.00

Marys Forbidden Dreams

Morlock, Eintritt frei